

In Erinnerung an

# Herbert Schui

Artikel in der *Hamburg Debatte* (2011 bis 2016)

PACKEN  
WIRD DIE  
ACHE AN  
MIT SOLLE  
DARITÄT  
ND EL AN

*„Packen wir die Sache an mit  
Solidarität und Elan“*

In Erinnerung an

# **Herbert Schui**

(\* 13. März 1940; † 14. August 2016)

Artikel in der *Hamburg Debatte* (2011 bis 2016)

## **Impressum**

Die *Hamburg Debatte* ist das Debattenorgan des Landesverbandes Hamburg der Partei DIE LINKE.

Redaktion der *Hamburg Debatte* | Wendenstraße 6 | 20097 Hamburg | [debatte@die-linke-hamburg.de](mailto:debatte@die-linke-hamburg.de)

Redaktion: Kristian Glaser | Timm Kunstreich | Rachid Messaoudi | Sinah Mielich | Wolfgang Mix | Norman Paech | Herbert Schui (†) | Zdravko Susic

Mit Unterstützung von: Florian Muhl | Till Petersen

Foto: DIE LINKE

Copyleft: Creative Commons Licence (BY-NC-SA Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, Weitergabe aus dieser Zeitschrift unter gleichen Bedingungen).

Bestellung und Bezug: gegen Spende in Druck- oder Mailversion, per Post oder in Selbstabholung

Alle bisher erschienenen Ausgaben stehen unter folgenden Adressen zum Abruf bereit: <http://www.die-linke-hamburg.de/politik/publikationen/debattehamburg.html> und <http://www.die-linke-hamburg-mitte.de>

Druck: [book-on-demand.de](http://book-on-demand.de) | Auflage: 2000 Exemplare | Dezember 2016

Mit freundlicher Unterstützung der Landesverbände der LINKEN Hamburg und Niedersachsen

## **Inhaltsverzeichnis**

Editorial	6
Trauerrede von Norman Paech	8

## **Artikel von Herbert Schui**

Zu viel Erwerbsarbeit im Programm?	14
Sozialer Zusammenhalt: Wer soll da mit wem und warum zusammenhalten?	16
Das teure Scheitern des Neoliberalismus	18
Die Schuldenbremse ist eine Wohlfahrtsbremse	22
Ist dumm, wer arm ist?	26
Klassen Apartheid – Soziale Bewegungen	28
Wollt Ihr den totalen Markt ...?	32
Mutti und ihre Volksparteien	36
Wo stehen wir mit dem linken Projekt Europa?	40
Was macht die AfD attraktiv – auch für Wähler der LINKEN?	44
Zweite Befreiung ins Werk setzen	48
Opposition ist nicht Mist	50
Die atmende Fabrik	52
Keine Tabus in der Flüchtlingsfrage	54
Der Euro verhindert Demokratie	58
Hätte Hamburg Woodstock verboten?	60

## **Nachrufe und Würdigungen**

Ein wirklicher Intellektueller (Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch)	62
Der proletarische Professor (Anja Stoeck, Diether Dehm u.a.)	63
Ein brillanter Kapitalismuskritiker (Rudolf Hickel)	65
Opposition macht Spaß! (SDS* Hochschulgruppe Uni Hamburg)	66

# „Lest den Schui, das bringt uns weiter.“

*Liebe Leserinnen und Leser,*

Am 14. August 2016 verstarb Herbert Schui im französischen Pomy zur tiefen Erschütterung auch der Mitglieder unserer Redaktion. Mit der nachdrücklichen Anregung Herbert zu lesen, schloss sein Freund, Genosse und Wissenschaftlerkollege Norman Paech seine Rede auf der Gedenkfeier.<sup>1</sup> In dem vorliegenden Sonderheft der *Hamburg Debatte* sind alle Beiträge zusammengetragen, die Herbert Schui für diese Theorie- und Diskussionspublikation verfasst hat. Damit sei die angeregte Relektüre befördert und zugleich dem geistreichen, gewitzten und kämpferischen Wirken Herberts für eine „culturfähigere“<sup>2</sup> internationale Gesellschaft gedacht.

Die hier versammelten Artikel sind engagierte Aufklärung – für den Ausgang der Menschen aus den sozialen Strukturen, die die Menschen in Unmündigkeit halten. Sie sind ein Kontra zu all denen, die mit der Verbreitung von Mythen und Dummheiten diese Unmündigkeit aufrechterhalten wollen. Nicht um der Überhebung des Besserwissenden willen, sondern um der Erhebung der großen Mehrheit und um der Herausbildung ihres Selbstbewusstseins willen: „Da hilft nur eines: Die große Mehrheit, die von Arbeit lebt, Erwerbsarbeit sucht, wegen geringen Lohns zu wenig Altersrente hat, noch in der Ausbildung ist, all die müssen die Sache selbst in die Hand nehmen.“<sup>3</sup> Die immer wieder heitere Bissigkeit der Texte ist dabei gespeist von der Zuversicht, dass die notwendigen Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft die prinzipielle Möglichkeit ihrer Überschreitung schaffen.

Für den Aufklärer Herbert Schui waren gewerkschaftliches Engagement, Wissenschaft und Parteimitgliedschaft eine Einheit. Ausgangs- und Bezugspunkt der hier dokumentierten Überlegungen des überzeugten Gewerkschafters sind die sozialen Interessen der großen Mehrheit – Arbeit, Bildung, Kultur, Gesundheit, Wohnen. Als kritischer Wissenschaftler geht es dabei um die Wahrheitsfindung und darum, zu sagen und zu schreiben, „worüber ‚man‘ nicht spricht“<sup>4</sup>. Die Perspektive der dabei vom Sozialisten Herbert aufgeworfenen notwendigen und gewollten gesellschaftlichen Veränderungen ist systemüberschreitend. Sein Fazit im Artikel „Klassen Apartheid – Soziale Bewegungen“ lautet mit Horkheimer und Adorno: „Aufklärung vollzieht sich und hebt sich auf, wenn die nächsten praktischen Zwecke als das erlangte Fernste sich enthüllen.“<sup>5</sup>

So ist die Relektüre des Debattenwerks von Herbert widersprüchlich: Das eine Auge lacht, aufgrund der damit verbundenen Anregung zur vertieften Re-

flektion der gesellschaftlichen Verhältnisse, für einen kämpferischen Oppositionsgeist, für die Zuversicht auf substantielle Veränderung zur Schaffung einer menschlichen Gesellschaft. Das andere Auge weint, weil Herbert die Partei und alle anderen nicht mit mehr und neuen solcher Beiträge wird ermuntern und herausfordern können.

Für Herbert Schui gilt, was er selber über andere geschrieben hat: „Vieles lesen wir mit großer Aufmerksamkeit und Freude – und sind nicht in der Lage, so selbst zu schreiben.“<sup>6</sup>

## **Eure Debatten-Redaktion**

1 siehe S. 8 ff. in dieser Publikation

2 „Die Schuldenbremse ist eine Wohlfahrtsbremse“, S. 22

3 „Wollt Ihr den totalen Markt...?“, S. 32

4 „Ist dumm, wer arm ist?“, S. 26

5 „Klassen Apartheid – Soziale Bewegungen“, S. 28

6 „Ist dumm, wer arm ist?“, S. 26

**Norman Paech**

# Trauerrede auf Herbert Schui

(Buchholz in der Nordheide, 2.9.2016)

*Liebe Ute, lieber Florian, liebe Familie, liebe Freundinnen  
und Freunde, Kolleginnen und Kollegen.*

Wir alle wohl waren tief betroffen und traurig, als wir erfuhren, dass Herbert gestorben war. Er war in Pomy, im Südwesten Frankreichs bei Limoux, seinem Rückzugsort und Ruhepunkt nicht nur für die bricolage an dem Turm, den er mit Ute erworben und den sie über lange Jahre wohnbar gemacht hatten, sondern auch für produktive Schreibearbeit. Plötzlich und auch für seine Familie überraschend ist er am Morgen des 14. August nicht mehr aufgewacht.

Herbert hat nie über den Kreis seiner Familie hinaus über seine Krebsdiagnose, die er im Juli 2015 erhielt, gesprochen. Erst später haben wir von seiner Entscheidung erfahren, die klassische Chemotherapie zu wechseln. Sie nahm ihm die geistige Präsenz, die notwendige Klarheit, um wenigstens noch einen Kommentar für eine Zeitung schreiben zu können. Er wählte eine neue Therapie, die ihm den Nebel aus dem Kopf nahm und zu seiner normalen Arbeit am Schreibtisch zurückfinden ließ. Sie war für mehrere Monate erfolgreich und ließ ihn die Reise mit Ute nach Pomy ohne ärztliche Bedenken antreten. Es waren glückliche und gesellige Wochen, die sie in Pomy hatten. Ein geplantes gemeinsames Essen hatten wir auf die Zeit nach ihrer Rückkehr aus Pomy verschoben. Am Tag seiner geplanten Rückreise antwortete er auf den Ruf zum Frühstück nicht mehr.

Sie und Ihr werdet es einem Juristen nachsehen, wenn er zu dem wissenschaftlichen Werdegang aus eigenem Fachwissen nichts sagen kann. Ich habe ihn erst kennen gelernt, als ich 1982 an die Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) kam. Herbert war schon 1980 von der Universität Bremen an die

HWP gewechselt. Ich kannte seinen Namen, seinen Ruf, das Trio Hickel, Hufschmid, Schui, die Memo-Gruppe, ich las damals noch die *Frankfurter Rundschau*. Für einen Linken, der das innere Getriebe dieser Gesellschaft verstehen wollte, waren die Schriften des Herbert Schui ein Muss und für einen Juristen, wenn er denn überhaupt auf dessen Spur kam, was die Universität vermied, ja verhinderte, höchst interessant, erhellend und auf jeden Fall lesbar. Doch dazu noch später.

Wenn ich doch ein paar Anmerkungen zu seinem wissenschaftlichen Weg mache, verlasse ich mich auf Rudolph Hickel, der ihn wohl am längsten durch Studium, akademische Exerzitien und wissenschaftliche Forschung wie Lehre begleitet hat. Auch Herbert kam wie die meisten Linken der späteren Zeit aus der marktgläubigen Schule an den Universitäten, aus der „Giftküche der Marktfundamentalisten“, wie Rudolph Hickel die herrschende Schule der Monetaristen nennt. Herbert hat dort offensichtlich auch Milton Friedman und James Buchanan, die auch ich noch in schlechter Erinnerung habe, persönlich kennengelernt. Es gab dort keine Marxisten wie Wolfgang Abendroth bei den Politologen und Juristen. Man war durch dieses Gift wohl lebenslang infiziert, viele versuchten es den neuen Moden anzupassen und sich zu entgiften, nur wenigen gelang es, sich ganz davon zu befreien. Herbert gelang es offensichtlich durch seinen frühen Kontakt mit den Gewerkschaften und seine spätere Zusammenarbeit in der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“, wo er auf seinen späteren Kollegen Axel Troost und den Marxisten Jörg Hufschmid traf. In diesem Dreieck von Gewerkschaften, der Universität Bremen und der Memo-Gruppe entwickelte Herbert seine theoretischen und wissenschaftspolitischen Positionen, die er in zahlreichen Publikationen veröffentlichte. Sein Buch „Grundprobleme des entwickelten Kapitalismus“ zum Beispiel war neben Hufschmids „Politik des Kapitals“ unser Grundkurs zum Verständnis der ökonomischen Hintergründe des Rechts. Seine Analysen zur Monopolisierung der Wirtschaft und ihre wettbewerbsvernichtende Kraft sowie ihren bestimmenden Einfluss auf die politischen Machtverhältnisse waren bei den Jusos der siebziger Jahre, den eher marxistisch orientierten und deshalb vielgeschmähten Stamokaps, von beträchtlichem Einfluss.

Für mich gehört er in seinen unermüdlichen Attacken gegen den Neoliberalismus und seine politischen Auswüchse bis hin zur AfD zur absoluten Front der kritischen politischen Ökonomen. Trotz seiner heftigen Angriffe war er nie Polemiker, denn Polemik ist nicht die hohe Kunst der Aufklärung, die er beherrschte, sie ist die Aufdeckung des Ideologischen, die gnadenlose Entblätterung der Dummheit. Lesen Sie sein letztes Buch „Politische Mythen & elitäre Menschenfeindlichkeit. Halten Ruhe und Ordnung die Gesellschaft zusammen?“ und sie werden verstehen, wenn er darauf beharrte: Die Dummheit in der zeitgenössischen ökonomischen Lehre ist gewaltig. Das plagte ihn besonders am Angebot des universitären Unterrichts. In den Worten von Herbert:



*„Die Universitäten, neu organisiert wie Unternehmen, bieten an, was die Studierenden im Auftrag ihrer künftigen Chefs nachfragen. Die Produkte der Universitäten wiederum brauchen ihren Input. Hochschullehrer sind hiervon ein wesentlicher Teil. Geben die Studierenden ihr Bild vom (erahnten) Ratschluss ihrer künftigen Chefs weiter, streben sie ohne Fragen zur neuen oder bürgerlichen Mitte, so wie ihre Mittelschichtsozialisation dies nahe legt, dann wollen sie fachkundige, willige und flexible Mitarbeiter werden, gewerkschaftlich nicht organisiert, politisch unauffällig und konform. Ängstlich werden sie darauf bedacht sein, sich mit nichts zu beschäftigen, zu infizieren, was nicht gefällt. Der Input von Hochschullehrern der Universitäten richtet sich danach: Radikalenerlasse und Berufsverbote sind nun nicht mehr nötig, um Kritik, womöglich Gefahren für den Kapitalismus abzuwehren, die sich in einem intellektuellen Universitätsklima entwickeln könnten. Die Auswahl der Hochschullehrer sorgt dafür, dass die Studierenden nichts zu hören bekommen, was sie nicht nachgefragt haben. Ebenso, wie der künftige Personalchef wahrscheinlich nicht danach fragen wird, was denn die gesamtwirtschaftlichen Ursachen von Arbeitslosigkeit sind, werden sie nicht darauf aus sein, diese Gründe von den Hochschullehrern zu erfahren. ... Die Wirtschaftstheorie hält hier (auch nur) die mit sophistischen Arabesken ausgestaffierte Trivialität bereit, dass Arbeitslose angesichts ihrer Fähigkeiten eben zu hohe Löhne fordern.“*

Dass Herbert bei diesen nüchternen Sätzen immer so ein bisschen spitzbübisch lächelte, war nicht das Lächeln des Verzeihens oder des Spotts *‘Ihr könnt ja nichts dafür’*, bestimmt war es der generelle Ausdruck seiner überaus freundlichen Erscheinung und menschenoffenen Ansprache, für mich war es aber auch immer das Lächeln der Subversion. Ich habe euch erkannt, eure Interessen, eure Karrieren, die ihr hinter euren Girlanden und Theorien verbirgt. Ihr inszeniert politische Mythen und ich erkläre euch, was ihr im Schilde führt: Die Mythen sollen die Bereitschaft zum Konflikt dämpfen oder ihn in eine andere Richtung lenken. Dafür verfälscht oder verschweigt ihr Tatsachen und die wahren Zusammenhänge. Diese „sorgfältig durch Erziehung zu Vorurteilen herbeigeführte Dummheit“ (Mitscherlich) konnte er nicht ertragen, da er sie für menschenfeindlich hielt. Denn sie lähmt die Menschen, lässt sie ihre elende Situation ertragen und die „gegebenen Machtverhältnisse, die vorherrschenden wirtschaftlichen Absurditäten bewahren.“

Herbert begnügte sich nicht mit dem Campus und den Hörsälen, ob in Bremen oder Hamburg, er wollte die Aufklärung in die Gesellschaft treiben. Er war ein homo activus, ein politischer Wissenschaftler im besten Sinne. Er war schon 1975 bei der Gründung der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“, der bekannten Memo-Gruppe, dabei, ging bei den Gewerkschaften auf Tournee, war ein gefragter Redner. Knapp zehn Jahre später unterzeichnete er mit seinem Schüler aus der HWP Klaus Ernst einen Aufruf „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ gegen Schröders Agenda-Politik, der für beide weitreichende Folgen haben sollte. Sie flogen aus der SPD, gründeten die WASG und fuhren

2005 als Fraktionsmitglieder der PDS in den Bundestag ein. Dort trafen auch wir uns wieder.

Herbert war ein souveräner und oft brillanter Redner. Aber das Parlament war nicht der notwendige oder logische Schlusspunkt seiner beruflichen Karriere, es war eher ein Versuch. Ein Versuch, seiner Arbeit der Aufklärung ein noch breiteres Feld zu eröffnen, ein größeres Echo zu erzeugen. Ihn störte es nicht, dass sich bei seinen insgesamt 58 Reden nie auch nur eine Hand des Beifalls von Seiten der CDU/CSU, SPD, FDP oder Grünen rührte, nur dreimal von einem fraktionslosen Abgeordneten, der kam allerdings aus der LINKEN und war aus ihr ausgeschlossen worden. Ich habe mir seine Reden jetzt besorgt und angeschaut, sie umfassen das gesamte Spektrum der wirtschaftspolitischen Themen, die jede Woche auf dem Plan standen, ob zu der Forderung, das Telekomnetz in öffentliches Eigentum zu überführen, zum Stromdurchleitungsgesetz, die Erhaltung des ERP-Vermögens, oder die Begrenzung der Managergehälter auf das 20fache, wie es Pierpont Morgan Ende des 19. Jahrhundert gefordert hatte, bis zur Kontrolle der Monopolisierung. Da gab es keine Spezialisierung auf die eigenen Wunschthemen. Ich kenne Abgeordnete unserer alten Partei, die in drei Legislaturperioden nur ein Dutzend Reden halten durften. Der Professor Schui wurde in der Fraktion auch in den entferntesten Winkeln seines Wissens gefragt. Die üblichen Zwischenrufe „schlimmer Unfug“, „Quatschkopf“, „Unsinn“ oder „Sie haben nicht das Recht, über Freiheit zu reden“ konnte er elegant übergehen oder zurückgeben. Sie machten ihm aber doch deutlich: der Plenarsaal ist kein Hörsaal, keine Gewerkschaftsversammlung, hier ist Aufklärung unmöglich, zwecklos. Mindestens 90 Prozent des Plenums will das nicht hören. Und er musste sich sagen: Du hast es nicht nötig, wie Demosthenes mit Kieseln im Mund gegen das brausende Meer anzureden, denn es liegt nicht an Dir, Du hast keinen Sprachfehler, das Meer ist taub. Ihm war natürlich klar, wir haben darüber oft gesprochen, dass der Grundwiderspruch zwischen wissenschaftlicher Wahrheitssuche und politischer Durchsetzung sich nicht im Parlament lösen lässt, wenn überhaupt, dann nur in der Gesellschaft. Und das hat ihn dann auch bewogen, nach fünf Jahren das Raumschiff in Berlin wieder zu verlassen und zu denen zurückzukehren, die Helmut Kohl so treffend „die da draußen im Land“ genannt hat. Ihm fehlte auch eine entscheidende Qualität, die zu jedem echten, erfolgreichen parlamentarischen Politiker gehört, er konnte nicht netzwerken und Strippen ziehen. Aufklärung durch Netzwerken? Das ging gar nicht.

Herbert kam zurück nach Buchholz und Hamburg und hatte keine Mühe, seinen Schreibtisch wieder zu beleben, zu schreiben, zu publizieren und auf Vortragsreise zu gehen, nun noch mehr gefragt als zuvor. Sein letztes Projekt war die *DEBATTE HAMBURG*, in deren Redaktion wir uns wiedertrafen. Das ist eine schmale Zeitschrift der Partei DIE LINKE mit dem Ziel, die Diskussion in der Partei über die Tagespolitik hinaus auf grundsätzliche Fragen anzusto-

ßen und zu den in dieser Partei vielen strittigen Positionen Denkbeiträge zu liefern – auch das ein Projekt der Aufklärung. Herbert war ihr fruchtbarster Autor und engagiertester Propagandist, er identifizierte sich mit dieser Zeitschrift, sie wird es ohne ihn schwer haben. Was ihn trieb, war über seinen wissenschaftlichen Anspruch hinaus sein soziales Engagement. Das war nicht nur seine unverrückbare Gewerkschaftsorientierung, sondern seine soziale Solidarität mit den Benachteiligten dieser Gesellschaft. Utes Arbeit mit Flüchtlingen lag ihm am Herzen, das war auch seine Angelegenheit, er arbeitete nur auf einem anderen Feld. Er lebte in dieser Solidarität, alles Elitäre war ihm fremd, er lebte unten, nicht oben, und seine Eitelkeit war nur die gewöhnliche, die dem Stand der Professoren ebenso eigen ist. Am entspanntesten war es jedoch, mit ihm am Tisch zu sitzen, ob in Pomy oder Buchholz, wenn dieser Genießer seine Leidenschaft zu Frankreich in ein köstliches Lammgericht verwandelte. Bei Rotwein konnte ich meine Zigarre in Ruhe rauchen. Ich glaube, wenn sich je die Erinnerung an seine Reden und Diskussionen verwischen sollte, die Erinnerung an diese Stunden mit Herbert werden immer lebendig bleiben.

Liebe Ute, lieber Florian, eure Trauer will ich, kann ich euch nicht nehmen, uns Trauergästen aber kann ich nur sagen: Lest den Schui, das bringt uns weiter.

Das Jahr 2011 stand im Zeichen der Diskussion um das Parteiprogramm der LINKEN, das im Oktober beschlossen wurde. Der folgende Artikel aus der *Hamburg Debatte* Nr. 4 (Juli 2011) erschien im Rahmen eines „Kontrovers“, in dem sich mehrere Autoren zum Arbeitsbegriff und zur Bedeutung der Erwerbsarbeit im Programm äußerten.

## Zu viel Erwerbsarbeit im Programm?

Die Erwerbslosigkeit ist hoch. Ungefähr zehn Millionen suchen Arbeit, wenn all diejenigen mitgezählt werden, die nicht registriert sind, die eine Teilzeitarbeit haben oder eine Vollzeitstelle, aber nicht davon leben können. Und weiter: Niedriger Lohn, schlecht bezahlte Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, keine Sozialversicherung. Der Stress bei der Arbeit nimmt zu. Das ist Grund genug für eine linke Partei, sich um Erwerbsarbeit zu kümmern. Gibt es eine andere Partei, die das kompromisslos tut?

Damit aber sind weitere Bereiche menschlicher Tätigkeit noch nicht angesprochen, nämlich, so Frigga Haug, die Arbeit an sich selbst und an anderen Menschen, Arbeit, um schlummernde Anlagen lebenslang lernend zu entfalten, das politische Eingreifen in die Gesellschaft. Deswegen die Forderung an den Programmwurf, ins Leben im Vier-Viertel-Takt aufzubrechen: ein Viertel Erwerbsarbeit, ein Viertel Reproduktionsarbeit, ein Viertel für Muße, Kunst und Kultur und, um das Ganze komplett zu machen, ein Viertel Politik.

Nun steht die Erwerbsarbeit in einem logischen Zusammenhang zu den anderen drei Arbeitsarten: Eine steigende Arbeitsproduktivität eröffnet die Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Damit mehr Zeit für mehr Reproduktionsarbeit. („Samstags gehört Vati mir“ war die Parole beim Kampf um die 40-Stunden-Woche.) Weiter die Humanisierung der Arbeitswelt. Wir wollen weniger abgekämpft von der Arbeit kommen und tatsächlich in der Lage sein, uns nach Feierabend um andere Dinge zu kümmern. Vor allem aber darf nicht unterschätzt werden, dass die Arbeit in den Nicht-Erwerbsarbeits-Bereichen durch einen angemessenen öffentlichen Dienst unterstützt und ergänzt wird. Darüber findet sich bei den Parteigängern des Vier-Viertel-Takts nichts. (Wieso eigentlich?) Denn wenn etwa Kinder groß zu ziehen, wenn Kranke und Alte zu pflegen sind, dann wünschen wir uns, dass wir damit nicht allein gelassen werden. Schließlich sollte die Erziehung in der

Familie ihre Ergänzung finden in einem guten öffentlichen Erziehungswesen. Ähnliches gilt für die häusliche Pflege der Kranken und Alten. Und sicherlich bringt individuelle Arbeit bei Kunst und Kultur voran, aber viel zum Erfolg tragen öffentliche Bildungseinrichtungen, Büchereien, Theater, Museen bei.

Die wirtschaftliche Grundlage dieser öffentlichen Unterstützung und Ergänzung bei der Nicht-Erwerbsarbeit ist die Erwerbsarbeit in der herkömmlichen Produktion. Sie wird im Rahmen eines Systems umfassender Arbeitsteilung geleistet. In einem entwickelten Industrieland nämlich kann niemand mehr alles selbst herstellen, was er braucht. (Die Herstellung von Nahrungsmitteln kann als Beispiel dienen.) Sicherlich wird es den Kapitalisten so möglich, Mehrwert abzuschöpfen. Aber dennoch: Selbst die kapitalistische Lohnarbeit hat ihre Vorteile: Die Teilnahme an der Arbeitsteilung ermöglicht, die eigene spezialisierte Arbeit einzutauschen gegen die Produkte fremder spezialisierter Arbeit. Die Produktivität der Arbeit ist hier ungleich höher als bei Selbstversorgung. Es geht weniger Arbeitszeit drauf, um sich ein bestimmtes Erzeugnis zu verschaffen. Diese Seite der Erwerbsarbeit darf nicht übersehen werden.

Bei steigender Produktivität einer Arbeitsstunde muss es einen Verteilungskonflikt geben: Wird das zusätzliche Produkt zu Lohn oder zu Gewinn? Aber nicht nur das ist die Frage – sehr wichtig sind die Steuergesetze der Parlamente. Wird der Staat am Ergebnis der wachsenden Produktivität der Arbeit beteiligt? Denn nur so lässt sich mehr öffentlicher Dienst in Bereichen wie Erziehung und Bildung, Kultur, Pflege, usw. finanzieren. Oder anders: Alle, die im öffentlichen Dienst arbeiten und die drei anderen Bereiche menschlicher Arbeit unterstützen und ergänzen, müssen mit den für ihren Lebensunterhalt notwendigen Produkten versorgt werden. Diese Produkte stammen aus dem Bereich der Produktion, d.h. der Erwerbsarbeit. Je höher die Produktivität der Arbeit dort, umso mehr Leute können versorgt werden, die außerhalb dieses Bereiches nützliche Arbeit leisten. Diese unterstützende Arbeit ist ebenfalls Erwerbsarbeit. Davon brauchen wir mehr. Das muss unter Linken nicht weiter begründet werden.

Halten wir also fest: Wenn bei steigender Arbeitsproduktivität mehr Steuereinnahmen und damit mehr öffentlicher Dienst durchgesetzt wird, dann hilft das der Arbeit an sich selbst und an anderen Menschen, der Arbeit, um schlummernde Anlagen lebenslang lernend zu entfalten, dem politischen Eingreifen in die Gesellschaft voran. Hier schafft das große Kollektiv Staat (oft in Form der konkreten Dienstleistungen der Gemeinde) den Raum zur Entfaltung der kleinen Kollektive und der Individuen. Wenn wir das als Fortschritt ansehen, dann ist die Arbeit im produzierenden Bereich und die Zunahme ihrer Produktivität die Grundlage für zivilisatorischen Fortschritt. Das ist zu beachten, wenn von der Bedeutung der Erwerbsarbeit die Rede ist. Damit befasst sich der Programmentwurf in vielen Abschnitten sehr ausführlich.

Der folgende Artikel aus der *Hamburg Debatte* Nr. 4 (Juli 2011) steht, wie der vorherige, im Kontext der Debatte um das Parteiprogramm. Herbert Schui geht der Frage nach, inwiefern angesichts des Gegensatzes von Kapital und Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen von einer „Krise des sozialen Zusammenhalts“ gesprochen werden kann, wie es an einer Stelle im Programmentwurf der Fall ist.

## Sozialer Zusammenhalt: Wer soll da mit wem und warum zusammenhalten?

DIE LINKE kämpft, so heißt es im Programmentwurf, „für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung (...), die die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung der demokratischen (...) Rahmensetzung und Kontrolle unterordnet“. Überwunden werden soll „die Vorherrschaft des Kapitals“ zugunsten des demokratischen Sozialismus.“ Damit ist zweierlei klargestellt: In der gegenwärtigen Gesellschaft herrscht das Kapital; Ziel ist, dass Demokratie die Wirtschaft steuert. Herrschaft des Volkes also in allen Bereichen.

Kann es bei der „Vorherrschaft des Kapitals“, das heißt Kapitalismus, sozialen Zusammenhalt geben? Im eigentlichen Wortsinn nicht, denn der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist ja ständige Auseinandersetzung, er bedeutet Niederlagen und Siege für die eine oder die andere Seite, aber nie Klassenfrieden und Harmonie. Denn was ist beispielsweise los, wenn Gewerkschaften und Unternehmensverbände zusammenhalten?

Eine Passage des Programmentwurfs behauptet, dass „eine Krise des sozialen Zusammenhalts entstanden (sei), die eng mit einer Sinnkrise verbunden ist.“ Also muss es „sozialen Zusammenhalt“ und „Sinn“ im Kapitalismus gegeben haben! Kennzeichen dieser Krise sind „zunehmende Unsicherheit und Armut“, die „Angst vor sozialem Absturz, die Spaltung der Erwerbsarbeit in Bereiche der „kreativen Herausforderung“ und der „unsinnigsten Arbeit“. Das Bildungssystem trage „zur sozialen und kulturellen Spaltung der Gesellschaft“ bei.

All diese Beobachtungen treffen fraglos zu. Richtig ist auch, dass es Zeiten gab, in denen es besser ging. Aber das hatte nichts mit sozialem Zusammenhalt zu tun. Vielmehr hat in diesen Zeiten die Kapitalseite eine Niederlage einstecken müssen – nicht als Ergebnis von sozialem Zusammenhalt, sondern von Konflikt.

Sicherlich lässt sich in einer kapitalistischen Gesellschaft ganz nüchtern von einem gesellschaftlichen Zusammenhalt reden. Denn trotz all ihrer internen Konflikte ist diese Gesellschaft bemerkenswert stabil – und dies nicht nur,

weil es Regeln für die immanenten Konflikte gibt, so die Koalitionsfreiheit, das Streikrecht, die Demonstrationsfreiheit. Die Absurdität zunehmender Armut bei hoher und steigender Arbeitsproduktivität jedenfalls gefährdet diese Stabilität offenbar nicht.

Das 19. Jahrhundert hat sich mit dieser Frage eingehend befasst. Lorenz vom Stein schreibt in seiner „Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich“: „Wenn die nichtbesitzende Klasse die Herrschaft über die Staatsgewalt (...) erreichen will, so wird die besitzende Klasse *ihr natürlicher und unversöhnlicher Feind* sein, und der Staat wird der Gewalt der Waffen und damit dem Untergang der Freiheit anheimfallen (...).“ Dasselbe sei der Fall, „wenn die besitzende Klasse die Herrschaft über die Verwaltung wesentlich im Interesse des Besitzes ausübt“. Stabilität erwartet vom Stein dann, wenn „die besitzende Klasse die Staatsverwaltung im Sinne der nichtbesitzenden Klasse zur Hebung des Loses der Arbeiter“ nutzt. Das Los der Arbeiter also so lange heben, bis sie Ruhe geben. Und da sie im Augenblick trotz allem Ruhe halten, kann die besitzende Klasse ungestört weiter ihr Interesse durchsetzen.

Das zu deuten als „Krise des sozialen Zusammenhalts (...), die eng mit einer Sinnkrise verbunden ist“, fällt schwer. Zu klären ist doch vielmehr, warum Konflikte im Bereich Arbeit und Soziales ausbleiben, warum innerhalb der LINKEN da und dort kritisiert wird, dass die soziale Frage im Programm zu sehr betont wird.

Zu klären ist auch, warum die Mehrheit der Bevölkerung die Möglichkeiten, die ihr die bürgerliche Demokratie eröffnet, nicht nutzt, warum sie sich über den potentiellen Umsturzcharakter der Demokratie, so Jacob Burckhardt, offenbar nicht im Klaren ist. Gegenwärtig scheint Tocqueville Recht zu haben mit seiner Bemerkung in der „Demokratie von Amerika“ (geschrieben in den Jahren 1835 bis 1840), dass es sich bei der Demokratie um „eine Art der geregelten, milden und friedlichen Knechtschaft“ handelt, die „sich besser, als man glaubt, mit einigen äußeren Formen der Freiheit vertragen“ kann.

Zu tun haben wir es gegenwärtig nicht mit der Krise eines sozialen Zusammenhalts, sondern mit milder und friedlicher Knechtschaft unter der Vorherrschaft des Kapitals. Die ist im Augenblick offenbar genug gefestigt. Sozialer Ausgleich, die „Hebung des Loses der Arbeiter“, ist nicht nötig. Stattdessen wird versucht, Zusammenhalt ideologisch durch die Herstellung von Homogenität, also von Gleichartigkeit zu erreichen. Hierher gehört Merkels Parole vom Volk als Schicksalsgemeinschaft (Regierungserklärung vom November 2005) oder der Erweckungsruf „Du bist Deutschland“ (2005/06). (Völkischer Mief deutet sich an.) Zu beachten ist aber: Zwar ist Homogenität der Gesellschaft ein Mittel zur Integration verschiedener sozialer Erwartungen und Rechtfertigungen, zugleich aber ist sie auch Mittel für Ausgrenzung, Denunziation, Verfolgung und Gewalt. Deswegen die Zunahme von Rassismus, Faschismus, von dem im Programmentwurf im Abschnitt zum sozialen Zusammenhalt die Rede ist.

Die *Hamburg Debatte* Nr. 5 (November 2011) steht angesichts der Krise des Euros und der Europäischen Union unter dem Motto „Umbrüche und Aufbrüche“. Herbert Schuis folgender Beitrag über die neoliberale Zurückung der EU und die von der deutschen Bundesregierung auf EU-Ebene durchgesetzte Austeritätspolitik ist der Leitartikel der Ausgabe.

## Das teure Scheitern des Neoliberalismus

Im Februar 1996 fand Hans Tietmeyer (damals Präsident der Deutschen Bundesbank, seit 2000 Kuratoriumsvorsitzender der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“) auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos sehr klare Worte zur Aufgabe der Finanzmärkte: „Die Rolle der Finanzmärkte als Kontrollinstanz der Politik“, so Tietmeyer, „wird immer wichtiger.“ Die Finanzmärkte erhielten die Chance, die Politiker im Zuge der wachsenden politischen und wirtschaftlichen Integration zu disziplinieren. „Ich habe aber bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ (*FAZ*, 3.2.1996)

Das Ergebnis der „Finanzmärkte als Kontrollinstanz der Politik“ ist die Finanzkrise. Damit ist bewiesen: Die Politik muss die Finanzmärkte kontrollieren – und nicht umgekehrt. Aber mehr noch: Es muss eine Kontrolle sein im Interesse der Mehrheit, also eine demokratische Kontrolle, nicht aber nur eine politische Stabilisierung dieser Märkte, damit die Anleger sich bei ihrer Finanzalchemie nicht selbst austricksen. Und was für die Finanzmärkte grundsätzlich gilt, trifft ganz besonders für den Euro zu. Europa war bei seiner Einführung noch nicht genug geeint. Es fehlten zu viele europäische Einrichtungen, besonders, um die Haushaltspolitik der einzelnen Länder zu koordinieren und mit der Geldpolitik der europäischen Zentralbank abzustimmen. Und es fehlte vor allem der gemeinsame Wille, mit den Gemeinschaftseinrichtungen ein soziales geeintes Europa zu schaffen.

Das soziale Europa wollen die gegenwärtigen Regierungen nicht. Aber wollen sie nicht wenigstens die Krise in den Griff kriegen? Mittlerweile ist doch klar, dass nicht die Finanzmärkte die Politik kontrollieren dürfen – und das auch dann



nicht, wenn die Politik dem Kapital treu dienen will. Die deutsche Regierung hat das noch nicht begriffen. „The economic consequences of Herr Steinbrueck“ seien, so Nobelpreisträger Paul Krugman (*New York Times*, 11.12.2008), dass die überaus wichtige Koordination der europäischen Politik an der Weigerung der deutschen Politiker scheitere. Wenn Deutschland eine wirksame europäische Reaktion auf die Krise verhindere, dann trage das maßgeblich zu einem globalen Niedergang bei, dann werde sich die „Holzköpfigkeit“ („the boneheadedness“) der deutschen Regierung vervielfältigen.

Das ist mittlerweile der Fall. Starrsinnig wird an Ausgabenkürzungen in den Problemländern festgehalten. Das senkt deren Bruttoinlandsprodukt, mindert die Steuereinnahmen und steigert ihr Staatsdefizit um ein Weiteres. Dieses Herangehen ist teils Dummheit, teils List. Die List ist, die Gunst der Stunde zu nutzen, wo immer es geht, um ein weiteres Stück Sozialstaat zu beseitigen. Die Dummheit kritisieren die Schwellenländer und die US-Regierung: Allein mit brutalen Sparmaßnahmen, wie die deutsche Regierung sie erzwingt, sei Griechenland nicht zu retten, so der US-Finanzminister Geithner. Die deutsche Regierung allerdings will gegenüber Griechenland ein noch strengeres Regiment einführen. Aber alles, was über diese Kürzungsforderungen an pragmatischen Erfordernissen hinausgeht, um auch nur den Finanzsektor zu stabilisieren, ist vage und widersprüchlich. Die deutsche Politik geht Kompromisse ein, um sie sogleich wieder zu hintertreiben, sie ist überfordert. „The German ‘Eiertanz‘“, kommentiert die wirtschaftsnahe Agentur *Bloomberg* am 26.9.2011, „is still in full swing.“

Die Lage entschärfen könnten jetzt Euro-Bonds. Das senkte die Zinsen für die Problemländer. Denn niedrigere Zinsausgaben bedeuten, dass der Staat im Inland mehr ausgeben kann. Das erhöht das Bruttoinlandsprodukt um ein Vielfaches und bringt mehr Steuereinnahmen. (Zu beachten ist hier der Einkommensmultiplikator, der dann in die positive Richtung wirkt.) Merkel hält dagegen. In der *ARD* bei Jauch sagt sie am 25.9.2011: „Euro-Bonds, die Vergemeinschaftung aller Schulden, das ist der absolut falsche Weg.“ Also dann weiter mit hohen Zinsen und zögernden Finanzhilfen? Aber weil aufgrund des Sparens die Defizite in den Problemländern immer größer werden, müssen auch die Finanzhilfen ansteigen. Diese Einsicht dämmert langsam. Deswegen ist nun vermehrt von einer umfangreichen Teilabschreibung der griechischen Schulden die Rede – zunächst zu Lasten der Banken und anderer Gläubiger, schließlich aber zu Lasten der öffentlichen Haushalte, die den Banken neues Eigenkapital zuführen müssen.

Aber auch wenn es so gelingt, die akute Eurokrise einzudämmen: Solide ist das Fundament der Gemeinschaftswährung dann immer noch nicht. Bei der Einführung des Euro 2002 war der Fachwelt klar: Es sei riskant, die gemeinsame Währung vor den institutionellen Karren der europäischen Einigung zu spannen. Stattdessen müsse zuerst die politische Einigung Europas mit den entsprechenden Einrichtungen genug voran gebracht werden. Dieser Mangel sollte mit dem europäischen Verfassungsentwurf von 2004 nachträglich behoben werden, der

dann aber in Frankreich und den Niederlanden scheiterte. Warum? Der Vertrag sah eine zutiefst neoliberale Verfassung vor: intensiverer Wettbewerb um die Produktionsstandorte mit niedrigen Löhnen und Unternehmenssteuern, keine nennenswerte Verbesserung der Stellung des Europäischen Parlamentes, keine parlamentarische Kontrolle der Europäischen Zentralbank. Der Vertrag von Lissabon (2007) ist bei dieser Linie geblieben. Von dieser neoliberalen Grundposition will vor allem die konservativ-liberale deutsche Regierung nicht abweichen. Kanzlerin Merkel betont auf der CDU-Regionalkonferenz in Karlsruhe am 26.9.2011, nötig seien „Durchgriffsrechte“, welche die Haushalte von Defizitländern „für null und nichtig erklären“. Das heißt, so Merkel bei Jauch: „Griechenland muss Strukturreformen machen, Ausgaben kürzen und privatisieren. Ansonsten wäre es falsch zu helfen.“ Also weniger Altersrente, weniger Lohn im öffentlichen Dienst, Entlassungen dort, öffentliches Eigentum in der Notlage für billig Geld verschleudern. (Zu den stillschweigenden Auflagen gehört, unverändert reichlich Rüstungsgüter aus Deutschland oder Frankreich zu importieren.) Gewiss soll der Kampf gegen den Sozialstaat nicht einzig gegen Griechenland geführt werden, sondern gegen alle Defizitländer. Damit ist klargestellt, wie sich Union und FDP, die deutsche Regierung, die institutionellen Voraussetzungen für einen funktionierenden Euro im Rahmen einer weiteren europäischen Integration vorstellt. Es soll ein zutiefst unsoziales Europa werden!

Wird die Bevölkerung der betroffenen Staaten das hinnehmen? Nach den nächsten Wahlen in den Problemländern wissen wir mehr. Die besonders von Deutschland betriebene Entmachtung der nationalen Parlamente kann eine nationalistische Rechte auf den Plan rufen. Ebenso gut aber kann die Beseitigung der Demokratie (denn das ist der materielle Gehalt dieser Entmachtung) einen Ruck nach links auslösen. Am besten wäre, wenn die Protestbewegungen in den betroffenen Ländern an Stärke dazugewinnen und die Politik in die richtige Richtung zwingen. In dieser unklaren Lage überrascht es nicht, wenn die Idee des Kerneuropas wieder in die Debatte kommt. Dieses Europa soll dann offenbar eine neoliberale Festung sein – befreit von den Staaten, deren politische Entwicklung ungewiss ist.

Nun hat die Idee eines vereinten Europa viele Quellen. An eine Tradition sollte DIE LINKE besonders anknüpfen: 1944 verfassten in Genf Vertreter von Widerstandgruppen aus den von Deutschland besetzten Ländern und aus Deutschland selbst einen Deklarationsentwurf für ein vereinigtes Europa. In diesem Text hieß es, „dass das Leben der Völker (...) auf die Achtung der Person, der Sicherheit, (auf) die soziale Gerechtigkeit, die umfassende Nutzung der wirtschaftlichen Hilfsquellen zugunsten der Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit und die autonome Entfaltung des nationalen Lebens begründet sein“ sollte. Dieser Text wurde zu einem großen Teil wörtlich von der Erklärung des „Französischen Komitees für die europäische Föderation“ übernommen (Lyon, Juni 1944). Dieses Komitee war ein Zusammenschluss der südfranzösischen Résistance-Gruppen. Angestrebt

wurde eine europäische Bundesregierung. Diese „muss das Ergebnis nicht einer Wahl durch die Nationalstaaten, sondern einer demokratischen und direkten Bestimmung durch die Völker Europas sein.“ Also ein europäisches Parlament, das ohne Beschränkung für die Gesetzgebung des Bundes zuständig ist.

Wie nun weiter? 1992 wurde der Vertrag von Maastricht vom Europäischen Rat unterzeichnet. Dieser Vertrag hat Europa zu dem gemacht, was es heute ist, nämlich zu einer reinen Wirtschafts- und Währungsunion mit viel Wirtschaftsfreiheit und Zug um Zug weniger Sozialstaat. Das aber gefährdet diese Union. Denn Wirtschaftsfreiheit vertieft die kapitalistischen Krisen, und der Kampf gegen den Sozialstaat verschafft dem so geeinten Europa keine Mehrheit bei der Bevölkerung. Das war in den 90er Jahren der Ausgangspunkt für Kampagnen, die ein soziales Europa forderten. Viele der Leute, die diese Kampagnen ins Leben gerufen haben, sind heute bei der LINKEN. Ob wir das noch mal hinkriegen?

Zentrales Thema der *Hamburg Debatte* Nr. 7 (September 2012) ist die Ökonomisierung der Jugendpolitik. Die Austeritätspolitik, die der Schuldenbremse zugrunde liegt, spielt auch in diesem Kontext eine wesentliche Rolle. Herbert Schui geht im folgenden Leitartikel ihrer politökonomischen Geschichte nach und deckt auf, was für Ziele mit ihr verfolgt wurden und werden.

## Die Schuldenbremse ist eine Wohlfahrtsbremse

CDU/CSU und SPD haben im Mai 2009 mit einer Bundestagsmehrheit von 68 Prozent die Schuldenbremse zur Verfassungsnorm gemacht. Das Grundgesetz sieht nun vor, dass in normalen Zeiten das Staatsdefizit den Betrag von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten darf. Im Konjunkturabschwung darf es mehr sein; diese Schulden aber, wenn sie „den Schwellenwert von 1,5 von Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt überschreiten, sind konjunkturgerecht zurückzuführen“, so der neue Artikel 15 des Grundgesetzes. Diese Rückführung kann in der Praxis erreicht werden durch ein hohes Wirtschaftswachstum und steigende Preise. Ab 2016 ist die Schuldenbremse für den Bund zwingend vorgesehen, die Länder dürfen ab 2020 keine Defizite mehr machen. Diese Schuldenbremse soll im Fiskalpakt für alle EU-Länder zur Norm werden.

Was ist der Zweck dieser Grundgesetzänderung, was ihre Geschichte? In ihrer Agitation für die Schuldenbremse führt CDU-Kanzlerin Merkel den gesunden Menschenverstand der schwäbischen Hausfrau ins Feld. Klar doch: Die kann auf Dauer nicht mehr ausgeben, als sie einnimmt. Aber „der gesunde

Menschenverstand, ein so respektabler Geselle er auch in dem hausbacknen Gebiet seiner vier Wände ist, erlebt ganz wunderbare Abenteuer, sobald er sich in die weite Welt der Forschung wagt ...“ (Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft). Das kann der einleitende Satz für eine keynesianische Begründung von Staatsdefiziten sein.

An den gesunden Menschenverstand wird aus Hinterlist appelliert: Die Schuldenbremse soll eine Sozialstaatsbremse sein. Sie richtet sich gegen Artikel 20 des Grundgesetzes: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Diese Wahrheit gefährdet aber das Projekt. Deshalb wird auf die Kraft des Vorurteils gesetzt. Erkenntnisse und die „weite Welt der Forschung“ hindern da nur.

Ein Vorurteil ist, so die Lexika, ein relativ starres Urteil über Gegenstände ohne begründeten Wahrheitsanspruch. Es dient der psychologischen Entlastung in Situationen, die Angst erzeugen durch Mangel an Orientierung und Kenntnis. Was liegt da näher für bürgerliche Krisenmanager, als sich Vorurteile zu Nutze zu machen und zu verstärken: Die Schuldenbremse soll von der Mehrheit bejaht werden, weil Staatsschulden so beurteilt werden wie die Schulden eines privaten Haushalts im hausbackenen Gebiet der eigenen vier Wände. Dann sind Staatsschulden unsolide Haushaltsführung, Versündigung an künftigen Generationen.

Merkel hat ihre Lesart der Staatsschulden, noch bevor sie Kanzlerin wurde, in einem Beitrag in der *Financial Times Deutschland* vom 19.1.2005 („Das Prinzip der individuellen Freiheit“) klar gemacht. Sie stellt sich dort auf die Seite von Hayek, des bedeutendsten Theoretikers des Neoliberalismus. In seiner Arbeit „Die Verfassung der Freiheit“ habe Hayek „eine schleichende Erosion der Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaft im Zuge des ungezügelten Ausbaus des Wohlfahrtsstaates“ befürchtet. Nach dem „Fall der Mauer“ schein ein Teil der historischen Mission von Hayeks Werk erfüllt. „Der andere Teil ist dagegen“, so fährt sie fort, „heute Gegenstand heftiger Diskussionen. Denn die Vorzüge des Wohlfahrtsstaates werden in der politischen Diskussion mehr denn je abgewogen gegen die daraus folgenden Probleme einer hohen Staatsverschuldung und einer Lähmung der wirtschaftlichen Antriebskräfte.“

Wenn die Propaganda die Formel „Sozialstaat gleich Staatsverschuldung“ zur Mehrheitsmeinung machen kann, dann wird aus der Forderung nach weniger Staatsverschuldung die Forderung nach weniger Sozialstaat. Dann verringerte weniger Sozialstaat auch die Versündigung an „unseren Kindern“. Kein Wort davon – auch nicht von der SPD –, dass der Sozialstaat nicht durch Verschuldung, sondern durch eine angemessene Verteilung des Volkseinkommens zu finanzieren ist, also durch höhere Steuern auf Gewinne und hohe Vermögen.

Dennoch trifft es zu, dass in bestimmten Konstellationen mehr Sozialstaat durch höhere Staatsverschuldung finanziert wurde. Das war in der langen Re-

gierungszeit der Christdemokraten im Italien der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Fall. Durch mehr Sozialstaat sollte eine kommunistische Regierung verhindert, die Steuern für die Bourgeoisie aber nicht erhöht werden.

Mehr Beispiele lassen sich aber für eine steigende Staatsverschuldung bei gleichzeitiger Einschränkung der Sozialausgaben finden. In den USA stieg während der republikanischen Präsidenten R. Reagan und G. Bush sen. (1981 bis 1993) das Verhältnis der ausstehenden Staatsschuld zum Bruttoinlandsprodukt von 42 auf 72 Prozent. Unter dem Demokraten B. Clinton (1993 bis 2001) sank diese Relation auf 55 Prozent. Bei G. W. Bush stieg sie von 2001 bis 2009 auf 85 Prozent. Wenn überhaupt, dann kann Präsident Clinton als Verteidiger des Sozialstaates durchgehen, nicht aber Reagan und die beiden Bushs. Diese drei Präsidenten haben teure Kriege geführt und die Gewinnsteuern gesenkt. Der Wohlfahrtsstaat war ihr erklärter Gegner.

In der Bundesrepublik wurde schon unter Kanzler Helmut Schmidt (1974 bis 1982) damit angefangen, die Gewinne zu fördern. Richtig zur Sache ging dann die Regierung Schröder ab 1998. Wäre der Steuersatz für Gewinne und Vermögen heute so hoch wie zum Ende der Regierung Kohl (1982 bis 1998), dann nähme der Staat rund 50 Milliarden Euro mehr ein. Zum Vergleich: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat einen Etat von gut 130 Milliarden Euro. Für Erziehung, Bildung und Wissenschaft geben die öffentlichen Haushalte rund 140 Milliarden aus. Da verbesserten 50 Milliarden mehr die Lage erheblich. Und 50 Milliarden sind nicht die Obergrenze. Sie machen nur deutlich, wie sehr die Regierungen Schröder und Merkel den Kanzler Kohl beim Senken der Steuern für Unternehmen und hohe Einkommen übertroffen haben.

Die Strategie der Schuldenbremse hat ihre Geschichte: Kanzler Schmidt gab Mitte der 70er Jahre ausdrücklich die Verantwortung der Regierung für Vollbeschäftigung auf. Sie hätte garantiert werden können durch mehr öffentlichen und privaten Konsum, finanziert durch mehr Lohn und höhere Gewinnsteuern. Das aber hätte den Widerstand der Unternehmer auf den Plan gerufen. In Frankreich war dieselbe Frage gestellt. Die vereinigte Linke entschied sich bei ihrem Regierungsantritt 1981, die großen Produktions- und Finanzunternehmen zu verstaatlichen. Der Beschäftigung und dem Wachstum nutzte das. Mehr Wachstum erhöhte aber die Importe: Denn steigen die Einkommen, dann steigt die Nachfrage – auch nach importierten Produkten. Gescheitert ist der französische Anlauf vor allem an den hohen Handelsbilanzdefiziten. Deutschland als der Haupthandelspartner Frankreichs war hieran maßgeblich beteiligt. Denn hätte die deutsche Regierung in den 80er Jahren mehr fürs Wirtschaftswachstum getan, dann wären auch die Importe Deutschlands aus Frankreich angestiegen. Und überdies: Hätte sich Deutschland unter Schmidt in den 70er Jahren zu der Politik entschlossen, die Frankreich in den 80er Jahren versucht hat, dann hätte diese Politik die größeren Erfolgchancen gehabt.

Denn Deutschland hätte bei kräftigem Wachstum allenfalls Handelsbilanzüberschüsse verloren, es wäre aber kaum zu anhaltenden Defiziten gekommen.

Für Schmidt kam das nicht in Frage. Er setzte auf höhere Investitionsnachfrage: Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Steigende Arbeitslosigkeit und Armut waren das Ergebnis. Damit stiegen die Ansprüche an die Sozialversicherungen und an den Sozialetat. Diese Frage wurde teils durch Staatsverschuldung, teils durch Minderung der sozialen Leistungen gelöst – durch engere Kriterien und durch verringerte Leistungen. Hierbei darf man sich nicht von der Statistik irreführen lassen, wonach die Sozialleistungen an private Haushalte im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von 1991 bis 2010 um vier Prozentpunkte von rund 15 auf 19 Prozent gestiegen sind. Im selben Zeitraum sind nämlich die von den abhängig Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden um acht Prozent gesunken, als Folge von Arbeitslosigkeit und Teilzeitbeschäftigung bei geringem Stundenlohn. Das schafft Armut und verursacht mehr Sozialleistungen.

Merkel sagt, dass „der ungezügelter Ausbau des Wohlfahrtsstaates und die staatsinterventionistischen Politikkonzepte Anfang der 70er Jahre“ zu einer „schleichenden Erosion der Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaft“ geführt hätten. Soll nun diese Politik rückgängig gemacht werden, indem die Gewinnsteuern und die Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung kräftig gesenkt werden, dann könnte je nach Regierung und politischer Lage der Ausweg in Staatsdefiziten gesucht werden, um die Sozialausgaben dennoch durchhalten zu können. Um das zu verhindern, muss die Schuldenbremse her. Als Grundgesetznorm bindet sie die Regierungen. Der Fiskalpakt als völkerrechtlicher Vertrag macht es noch schwieriger, all das zu revidieren. (Die nächste Bremse schlägt *Welt online* am 22. Mai 2012 vor: „Die Schuldenbremse ist der eine Pfeiler der Krisenpolitik. Eine Steuerbremse wäre der beste zweite.“)

Die Staatstätigkeit beschränken, das ist das Ziel aller neoliberalen Regierungen. Adolph Wagner, der Klassiker der deutschen Finanzwissenschaft, hat das ganz anders gesehen. In seinen Grundlagen der politischen Ökonomie schreibt er zu Ende des 19. Jahrhunderts, dass „ein immer größerer Teil der Bevölkerung zum Mitgenuss an den Kulturgütern erhoben werden“ soll. „Der Staat fortschreitender culturfähiger Völker, so namentlich der modernen, hört immer mehr auf, einseitig Rechtsstaat im Sinne der möglichst alleinigen Verwirklichung des Rechts- und Machtzweckes zu sein und wird immer mehr Cultur- und Wohlfahrtsstaat in dem Sinne, dass gerade seine Leistungen auf dem Gebiete des Cultur- und Wohlfahrtszweckes sich beständig mehr ausdehnen und mannigfaltigen Inhalt gewinnen.“ Der Kultur- und Wohlfahrtszweck des Staates schließt ausdrücklich das „Unterrichts-, Bildungs-, Schul-, Sanitäts-, Hilfs-, Armen- und Wohltätigkeitswesen“ ein. Lasst uns also culturfähiger werden! Wenigstens in dem Maße, wie dies Wagner, Kathedersozialist und Verehrer Bismarcks, forderte.

Die folgende Glosse erschien in der *Hamburg Debatte* Nr. 7 (September 2012) im Vorfeld der Bundestagswahl 2013.

## Ist dumm, wer arm ist?

Wen besonders soll DIE LINKE ansprechen, um bei Wahlen erfolgreich zu sein? Die Antwort auf diese Frage setzt voraus, dass man weiß, was man will.

In ihrem Erfurter Programm fordert DIE LINKE Vollbeschäftigung, ein besseres Arbeitsrecht und soziale Absicherung – und das nicht im Sinne der herrschenden Wirtschaftslehre als Ergebnis niedriger Löhne und vermehrter Eigenverantwortung. Mit diesem wichtigen Programmpunkt sind die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen, die Alten angesprochen. Aber wie sie ansprechen?

Hier ist mit einigen Fehlern und Vorurteilen aufzuräumen. Ein Kollektiv von Journalisten, PR-Leuten und Politikern hat eine recht eigentümliche Sprache entwickelt. Verdichtet wird's deutlich: „Wenn der verlässliche Fokus auf dem Zeitfenster liegt, besteht Handlungsbedarf.“ Da rattert die Phrasendreschmaschine! Auch wenn das in der Praxis weniger dicht auftritt: Mit diesem Gequassel kann nicht erreicht werden, wer sich mit Alltagsorgen wie Arbeitslosigkeit, zu wenig Lohn, keinem Kita-Platz, befristetem Arbeitsvertrag herumschlagen muss. Da hat man dann ein „Vermittlungsproblem“. Um Engagement zu heucheln, wird öffentlich mit reichlich Metaphernsalat laut kraekelt, zur Sache aber – und darum geht's – wird nichts gesagt.

Wenn sich die Parteien mit Wahlplakaten an „die Menschen“ richten, ist offenbar nicht durchweg verstanden, um was sich denn die Allermeisten sorgen. „SPD ist Currywurst“ deutet allenfalls an, dass der frühere Kanzler Schröder gerne Currywurst aß und dabei einen Brioni-Anzug trug. Sibyllinisch sind einige Plakate der PDS aus dem Wahljahr 2002. Da gibt es einen Gartenzweig mit der Losung „Minderheiten schützen“. Bei der Wahl 2005 fällt ein rosarotes Plakat mit einem aufgespannten Regenschirm auf, das mit „Dem Trübsinn ein Ende. Bundesweit wählen. pds“ wirbt, oder, im Wahlkampf 2009, das Bild des wohlgeformten Gesäßes von Halina Wawzyniak (in der Hose), das „Mit Arsch in der Hose in den Bundestag“ auf Erfolg aus ist. Ihr Plakat soll viel Medienaufmerksamkeit ausgelöst haben. Wer sonst wurde aufmerksam? Direkt gewählt



in ihrem Berliner Wahlkreis (Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg Ost) wurde Christian Ströbele von den Grünen.

Nichts gegen tatsächlich espritvolle Plakate. Aber es muss zur Sache geredet werden. Eine Partei hat damit Erfolg, dass sie das in die Debatte bringt, wober „man“ nicht spricht. Also keine bunte Partei, kein bunter Haufen. Sondern eine Partei, die ohne Tricks sagen kann: Wir vertreten das Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Gibt es dieses Interesse? Klar doch! Schon allein deswegen, weil die meisten keine Kapitalisten sind und schon allein deswegen gegen Arbeitslosigkeit und für soziale Sicherheit sind.

Wie soll diese Partei für sich werben? Sie muss klar zur Sache reden. In welcher Sprache? Pfaffenfloskeln wie „Wir wissen um Eure Sorgen und Nöte“ und Politikaster-Lyrik (zeitnah nachhaltig) stoßen ab. Die Sprache von Böll – zum Beispiel – kann eine gute Orientierung sein: Seine so einfache Alltagssprache hat viele begeisterte Leser gefunden. Und beachten wir: Vieles lesen wir mit großer Aufmerksamkeit und Freude – und sind nicht in der Lage, so selbst zu schreiben. Die Leser also sind nicht überfordert mit einem Text, den sie selbst nicht schreiben könnten. Was aber abstößt, ist Aufgeblasenheit, Wichtigtueri und mehr vielleicht noch das gönnerhaft-süßliche wohlmeinende Von-oben-Herab, das Bigotte und Frömmelnde.

Der Einwand dagegen ist oft schnell zur Hand: Wir müssen uns so ausdrücken, dass auch die Hartz-IV-Empfänger es verstehen. Sicherlich: Rund ein Fünftel von ihnen hat keinen Schulabschluss, bei der Bevölkerung insgesamt, soweit älter als 15 Jahre, sind es nur vier Prozent. Aber beim Hauptschulabschluss liegen die Anteile mit 38,5 bei den Hartz-IV-Empfängern und 37 Prozent bei der Bevölkerung insgesamt nicht weit auseinander, bei der mittleren Reife sind die Anteile 21,2 bzw. 25,8 Prozent und bei der Fach- und Hochschulreife ist das Verhältnis 9,2 zu 25,8 Prozent. Bei der Berufsausbildung sieht die Sache so aus: 37,9 Prozent der Empfänger von Hartz IV haben eine berufliche oder schulische Ausbildung, bei der Bevölkerung insgesamt sind es 50,3 Prozent. Bei der akademischen Ausbildung ist das Verhältnis 3,1 zu 21,1 Prozent.

Aber was bedeutet ein Schulabschluss oder eine Berufsausbildung, wenn es darum geht, einen Text lesen zu wollen, der sich mit der eigenen Lebenslage auseinandersetzt, der die Dinge beim Namen nennt und nicht die vom Markt Ausgesiebten für ihre Lage verantwortlich macht? Was bedeutet die formale Qualifikation, wenn es um das zutreffende politische Urteil geht? Beachten wir: In den Wahlen vor 1933 wurde nachweislich in denjenigen Bezirken links gewählt, in denen überwiegend Leute mit einem Volksschulabschluss wohnten. Die richtigen politischen Einsichten sind offenbar nicht abhängig vom Niveau des formalen Schulabschlusses. So gesehen hat DIE LINKE alle Chancen, von denen, auf die es besonders ankommt, verstanden zu werden.

Motto der *Hamburg Debatte* Nr. 8 (Februar 2013) ist „Wer jetzt nicht verrückt wird, ist nicht normal“. Angesichts der bereits fünf Jahre andauernden Krise, die mit einem Abbau von Demokratie und sozialen Rechten einherging, ist die Ausgabe als Beitrag zur Aufklärung gegen die ‚herrschende Meinung‘ konzipiert. Widerstand und Solidarität sind die verbindenden Elemente der verschiedenen Themen des Heftes. Soziale Bewegungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie sind Gegenstand des folgenden Artikels.

## Klassen Apartheid – Soziale Bewegungen

In Hamburg haben sich Menschen in Gruppen, Initiativen und Organisationen zusammengeschlossen – wie z.B. „Recht auf Stadt“, dem Rotstiftbündnis, Mietereinitiativen oder „Umfairteilen“. Bei aller Unterschiede ist das Ziel das Gleiche: Eine Bewegung zusammen zu bringen, die der Politik eine andere Richtung gibt. Ziel ist der ständige, der ausdauernde außerparlamentarische Protest. Die Devise heißt: Nicht locker lassen! Verbindlich und engagiert Eintreten für das gemeinsame Ziel, sich vom Gegner nicht weich quatschen lassen.

Soziale Bewegungen entstehen dann, wenn die Institutionen der Politik versagen. Die Rente ab 67 ist ein Beispiel: Die Umfragen haben gezeigt, dass zwei Drittel der Bevölkerung dagegen sind, zwei Drittel des Bundestages aber haben dafür gestimmt.

Ein anderes Beispiel: Als die Grünen 1998 eine Koalition mit der SPD bildeten, wurde im Koalitionsvertrag festgelegt, dass „der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie (...) innerhalb dieser Legislaturperiode umfassend und unumkehrbar gesetzlich“ zu regeln sei. Bei den Konsensverhandlungen mit der Atomindustrie kam schließlich als „schonender Übergang“ eine Restlaufzeit von 30 plus drei Jahren heraus. Selbst auf die Stilllegung von Biblis A wurde verzichtet, obwohl dieses AKW doch nur als Folge bundesaufsichtlicher Weisungen durch Trittins Vorgängerin im Amt, Angela Merkel (CDU), noch am Netz war. Noch nachgiebiger Herbert Mai, der damalige Chef der ÖTV: Eine Konsenslösung zwischen Energiekonzernen und Bundesregierung sei einem Ausstiegsgesetz vorzuziehen.

Es kam eben nicht zum „Sofortausstieg“, wie dies das Parteiprogramm der Grünen vor 1998 verlangt hatte. Vielmehr forderte Umweltminister Trittin vor dem Castortransport nach Gorleben im Frühjahr 2001 in einem Brief alle nie-

dersächsischen Kreisverbände dazu auf, sich nicht an den Protesten zu beteiligen. Trittin selbst hatte daran 1997 noch an exponierter Stelle teilgenommen. Aber nicht nur beim Atomausstieg war die Praxis der Grünen enttäuschend, auch als – zunächst – politischer Kern der Friedensbewegung hat sie mit ihrer Zustimmung zur Bombardierung Belgrads versagt. Das zeigt: Eine politische Partei kann aus Sozialen Bewegungen hervorgehen, aber sie verliert diese Basis oft dann, wenn sie mitregiert.

Das ist Grund genug zur Skepsis gegenüber den politischen Parteien, ihren Funktionären und Abgeordneten. Wer nicht mehr mit sich den Affen machen lassen will, findet sich – die Wahrscheinlichkeit ist groß – in Sozialen Bewegungen zusammen. Damit ist eines unmittelbar klar: Will eine politische Partei für diese Bewegungen ein gemeinsamer Ort der Unterstützung, der Aufgabenabstimmung sein, dann müssen sich die Ziele der Sozialen Bewegung im Programm der Partei und – das ist wichtig – in ihrer Praxis konkret und radikal wiederfinden.

Eine Funktionärspartei wird mit den Sozialen Bewegungen nicht ins Geschäft kommen können. Was das ist, hat der Chef der Mittelstandsvereinigung der Union, Josef Schlarmann, in seiner Kritik an der entschärfenden Vorbereitung des CDU-Parteitages Anfang Dezember klar gemacht: Die CDU sei von Funktionären zentral geführt. Oben Funktionäre, unten im Saal Funktionäre. Berufspolitiker würden in Funktionen wie Kreisverbandschef, Landtags- oder Bundestagabgeordneter (und – wie hinzuzufügen ist – als Arbeitnehmer der Partei oder ihrer Repräsentanten) als Teil des Getriebes anders reagieren auf das, was von der Spitze kommt, als dies die einfachen Parteimitglieder tun. (*Die Welt*, 30.11.2012)

Nun gibt es sicherlich den Narziss auch bei den Nicht-Funktionären und den Mitgliedern einer Bewegung. Aber wenn die Delegierten eines Parteitages in der ein oder anderen Weise abhängig sind von der Parteispitze, und wenn obendrein die Partei eine so genannte Volkspartei sein will (so die Unionsparteien und die SPD, die Grünen wollen folgen, wer noch?), die möglichst alle, auch die gegensätzlichsten Interessen vertreten will, dann kann eine Partei die konkreten Fragen des gesellschaftlichen Lebens nicht mehr ernsthaft anpacken. Denn eine konkrete Frage lässt sich nicht im Interesse aller lösen – auch wenn Politikaster gerne von sogenannten Win-Win-Lösungen reden.

Die Stadtplanung ist ein gutes Beispiel dafür, dass es solche Lösungen kaum gibt. Die Finanzkrise macht Wohngebäude in der Innenstadt zu einer begehrten Vermögensanlage. Das treibt die Mieten hoch und die Mieter raus. (Abgesehen von den miesen Tricks, mit denen sie häufig aus ihren Wohnungen vertrieben werden.) Der Euphemismus hierfür heißt Gentrifizierung. Ihr Spiegelbild ist die Entstehung von Townships, wie wir sie aus der südafrikanischen Apartheid kennen. Nur, dass nun nicht die Rassen, sondern die Klassen sauber voneinander getrennt sind. Hier wohnen die Niedriglöhner, die per-

sönlichen Dienstleister, die von der strengen Auslese des totalen Marktes hinaus Gesiebten (ein Anliegen von Parvenü Schröder und seinem Hartz IV). Pufferzonen können die gentrifizierten Stadtteile sicherer machen, so Mauern, Eisenbahnlinien oder Wasser. (Die Arbeitervorstädte des 19. Jahrhunderts waren nicht selten so geplant.) Dem setzen sich die Initiativen „Recht auf Stadt“ und „Mietenwahnsinn stoppen“ entgegen.

Die Parole heißt aber nicht nur „Raus in die Townships mit dem Gesocks!“ Mit Kürzen bei Seniorenangeboten, Suchthilfeeinrichtungen, Jugendzentren, Bücherhallen, Universitäten und Bezirksämtern, mit „Spar kaputt, was dir nichts nutzt!“ geht es um dieselbe Sache. Denn ist der Sozialschrott endlich im Township, dann braucht er all das nicht mehr. Sicherlich sind nicht alle ganz so radikal: Straubhaar vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut schließlich befürwortet ein bedingungsloses Grundeinkommen. Dies ermögliche allen, die nicht einer geregelten Erwerbsarbeit nachgingen, ein bescheidenes Auskommen, so dass es keinen Grund zum Aufbegehren gebe. Es diene dazu, „dass der Gutverdienende und der Kapitalist in Ruhe seine Arbeit machen kann.“ (Thomas Straubhaar in *brand eins*, Heft 7) Also: Gutverdienende und Kapitalisten in der gentrifizierten Stadt, der Rest im Township – ruhigestellt mit Grundeinkommen.

Das Bündnis gegen Rotstift widersetzt sich dieser Barbarei. Es fordert statt „Kürzen und Kaputtsparen“ ein „soziales und gerechtes Hamburg“.

Im Grunde verfolgen Soziale Bewegungen, Bündnisse und Initiativen Ziele der Aufklärung. Denn diese erwartet, wie Habermas das in „Die Moderne – ein unvollendetes Projekt“ ausgedrückt hat, „moralischen Fortschritt, Gerechtigkeit der gesellschaftlichen Institutionen, sogar das Glück der Menschen“. Künste und Wissenschaften, so etwa Condorcet, würden dies – und nicht nur die Kontrolle der Naturkräfte – befördern. Der vorherrschende Neoliberalismus sieht das ganz anders. In „Der Weg zur Knechtschaft“ schreibt Hayek, dass die Kräfte der Gesellschaft nicht in derselben Weise zu beherrschen seien, wie das bei der Beherrschung der Kräfte der Natur gelungen sei. „Dieser Weg (der Beherrschung der Kräfte der Gesellschaft) führt nicht nur zum Totalitarismus, sondern auch zur Vernichtung unserer Kultur und mit Sicherheit zur Verhinderung des Fortschritts in der Zukunft.“

Dieser Widerspruch zur Aufklärung ist komplizierter, als es auf Anhieb scheint. Diese hat das ideelle Rüstzeug für die Befreiung des Individuums geschaffen und damit auch das Rüstzeug für den freien Kapitalisten, der nun nicht mehr von der Theologie des Mittelalters gegängelt wird, vom Zinsverbot, vom gerechten Preis. Die Begründung für diese Vorgaben war, dass der berufsmäßige Handel mit Geld oder Waren der „Gier nach Gewinn dient, die keine Grenze kennt, sondern ins Unendliche strebt.“ „Deshalb hat der Handel (und damit der Händler und sein Nachfahr, der kapitalistische Unternehmer, H.S.), in sich betrachtet, etwas Schimpfliches an sich; insofern er seinem Begriffe

nach kein ehrenhaftes (...) Ziel ist“ – so Thomas von Aquin in seiner Theologischen Summa theologica (Questio 77).

Die mittelalterlichen Normen sind nun ersetzt durch den anonymen, ethisch gleichgültigen Marktprozess. Walter Eucken, einer der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, sieht das positiv: „In der vollständigen Konkurrenz teilt ein anonymer Wirtschaftsprozess den Menschen ihre Einkommen zu. (...). Und so wird die Verteilung nicht nach ethischen Gesichtspunkten vollzogen, sondern sie ist einem ethisch-gleichgültigen Automatismus überlassen.“ (Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik) Hayek verurteilt die „haßerfüllte“ Auflehnung gegen diese „anonymen Kräfte“. Hayeks Kunstgriff besteht darin, dass er die Demut, die die Kirche vor den theologischen Lehrsätzen Aquins forderte, nun für seine Lehren reklamiert. Käme es so, dann hätte die „Dialektik der Aufklärung“ (Horkheimer/Adorno) ihr Ende gefunden. Dann würde die rationalistische Zivilisation des Kapitalismus es sich verbieten, nach dem Nutzen des Kapitalismus selbst zu fragen. Das in der Aufklärung befreite Individuum würde nicht mehr über sein eigenes Geschöpf, den Kapitalismus, hinausgehen wollen.

Aber die Dinge gehen trotz allen reaktionären Getöses und trotz aller materiellen Behinderung ihren Gang. Alle, die es ablehnen, sich einer „Norm oder Notwendigkeit zu unterwerfen, deren logischen Grund man nicht einsieht“ und die sich deswegen in Bewegungen, Initiativen oder einer Partei zusammenfinden, um über die „anonymen Kräfte“ des Kapitalismus hinauszugehen, all die haben die Aufklärung, das Projekt der Moderne nicht verloren gegeben. Horkheimer/Adorno fassen das so: „Indem die bürgerliche Wirtschaft die Gewalt durch die Vermittlung des Marktes vervielfachte, hat sie auch ihre Dinge und Kräfte so vervielfacht, daß es zu deren Verwaltung nicht bloß der Könige, sondern auch der Bürger nicht mehr bedarf: nur noch Aller.“ Wenn aber alle nötig sind, dann haben auch wenige eine Chance. „Aufklärung vollzieht sich und hebt sich auf, wenn die nächsten praktischen Zwecke als das erlangte Fernste sich enthüllen.“

Die *Hamburg Debatte* Nr. 9 erschien im Juni 2013 – im Vorfeld der Bundestagswahl im September 2013 und 80 Jahre nach der Machtübertragung an die Faschisten – unter dem Motto „Konfliktlinien“. Angesichts der Polarisierung zwischen reaktionären und progressiven Antworten auf die gesellschaftliche Krise widmet Herbert Schui sich im folgenden Artikel dem Zusammenhang von Kapitalismus/Neoliberalismus und Faschismus.

## Wollt ihr den totalen Markt ...?

Der Neoliberalismus hat eine klare Vorstellung davon, was eine Gesellschaft sein soll: In die Gesellschaft wird nur aufgenommen, wer Handel treibt. Das sagt Hayek. Er ist eine der bedeutendsten Figuren dieser Richtung. Für seine „große“, seine „offene“ neoliberale Gesellschaft hat er eine fremdartige Bezeichnung: Kattallaxie. Damit soll, so Hayek, deutlich werden, dass Handel treiben das Wesen der Gesellschaft sei, eben weil das griechische Verb „katallaktein“ mit seinen beiden Bedeutungen „Handel treiben“ und „in die Gesellschaft aufnehmen“ dies angemessen anspreche.<sup>1</sup> In dieser Welt ist alles menschliche Handeln wirtschaftlich bestimmt, es orientiert sich an Nutzenvergleichen. Sich einordnen in die Gesellschaft, ihre Werte übernehmen heißt demnach, sich anpassen im Markt und für den Markt. Sehr aufschlussreich dazu ist ein Aufsatz von Harold Demsetz im *North Carolina Law Review*. Dieser entschieden neoliberale Ökonom empfiehlt Leuten, die am Arbeitsmarkt diskriminiert werden, auf Lohn zu verzichten. Damit entstünden dem Unternehmer wegen seiner Diskriminierung Kosten. Das sei für ihn ein Grund, sein Verhalten zu ändern. Kurz und gut: Wir sollen unser Dasein unternehmerisch deuten, unserer persönlichen Lebensweise unternehmerische Formen geben. (Die Ratgeberliteratur informiert über Einzelheiten, beispielsweise wie man sich gut verkauft.)

Unternehmerisches Verhalten ist bestimmt von Kosten- und Nutzenerwägungen. Die Kosten sind zu minimieren; was nichts einbringt, ist nutzlos und wird ausgesondert. Wer nichts Nützliches anzubieten hat, kann nicht in die Gesellschaft aufgenommen sein, gehört nicht dazu – so die Langzeitarbeitslosen, die Arbeitskraft anbieten, die keiner kaufen will. Damit ist festgelegt, nach welchen Grundsätzen der totale Markt – er ist dann total, wenn unsere ganze Lebensweise unternehmerische Formen angenommen hat – seine Auslese trifft.

Dieser Rigorismus des totalen Marktes kommt der Verachtung des „Schwachen“, wie wir dies vom Faschismus kennen, recht nahe. Wirtschaftlicher Wettbewerb hat Hitler in den Kram gepasst: Er sagte, dass „planmäßige Leitung“ ein „gefährliches Unternehmen (sei), weil jeder Planwirtschaft nur zu leicht die Verbürokratisierung und damit die Erstickung der ewig schöpferischen privaten

Einzelinitiative folgt. (...) Diese Gefahr wird noch erhöht durch die Tatsache, daß jede Planwirtschaft nur zu leicht die harten Gesetze der wirtschaftlichen Auslese der Besseren und der Vernichtung der Schwächeren aufhebt oder zumindest einschränkt zugunsten einer Garantierung der Erhaltung auch des minderwertigen Durchschnitts (...).“<sup>2</sup>

Auslese durch Wettbewerb auf dem Markt ist bekanntlich auch die Grundlage des Bekenntnisses zur freien Marktwirtschaft. Die Neoliberalen allerdings verstehen die Auslese umfassender: Sie ist Bestandteil ihrer Evolutionstheorie. Hayek sagte in einem Interview: „Gegen die Überbevölkerung gibt es nur die eine Bremse, nämlich daß sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können.“ Das sei, so Hayek, kein Sozialdarwinismus, sondern: „bei mir geht es um einen gesellschaftlichen Evolutionsprozeß“.<sup>3</sup>

Damit ist nicht behauptet, dass es sich beim Neoliberalismus um Faschismus handelt. Beides sind Formen bürgerlicher Herrschaft. Hayek sympathisierte nicht mit Hitler. Schwitzende und grölende SA-Leute waren ihm zu plebejisch. Auch kennt der totale Markt keinen Führer und keine anhaltende „Volksbewegung“, so wie sie in Form ständiger Kampagnen von faschistischen Regimes inszeniert wird. Denn die neoliberale Gemeinschaft ist nicht „Volksgemeinschaft“, sondern die Gemeinschaft derer, die in den Markt aufgenommen sind. Und in der neoliberalen Theorie ist es nicht ein Führer oder seine Partei, die alles steuert, sondern die individuellen Nutzenerwägungen der Individuen. Aber die Idee rigoroser Auslese nicht nur im wirtschaftlichen Wettbewerb, sondern auch im „Evolutionprozess“ verdeutlicht doch eine gewisse Verwandtschaft von Faschismus und Neoliberalismus. Beachtung verdient auch, dass einige rechtsradikale Parteien, so die österreichische FPÖ oder die Französische Front National, Friedman oder Hayek sehr ausgiebig und zustimmend zitieren.

Eine Gesellschaft muss verrohen, wenn sie durchgängig von einer unternehmerischen Lebens- und Verhaltensweise bestimmt ist. Heitmeyer spricht von „roher Bürgerlichkeit“. Nutzloses als „Sozialschrott“ auszusondern erfordere eine „strikte Trennung zwischen Gewinnern und Verlierern“, eine „Dichotomie von Leistungsträgern und Überflüssigen.“<sup>4</sup> Hierbei werte die obere Statusgruppe die schwachen Gruppen am stärksten ab.<sup>5</sup> (Emporkömmlinge, wie Gerhard Schröder, legen hier besonders viel Eifer an den Tag.) Die ökonomisierte Gesellschaft sei der Nährboden für elitär motivierte Menschenfeindlichkeit.<sup>6</sup> Es ist nun nicht mehr die Herrenrasse, die Menschen aussondert, sondern ein „entkultiviertes Bürgertum, das (...) versucht, eigene Ziele mit rabiaten Mitteln durchzusetzen“.<sup>7</sup>

Unterstützt wird diese Haltung von der (vorherrschenden) neoklassischen Wirtschaftstheorie. Sie behauptet, dass Arbeitslosigkeit die Folge zu hoher Löhne ist: Wer keinen übertriebenen Lohn fordert, wer tatsächlich arbeiten und sich nicht in der „sozialen Hängematte“ ausruhen will, findet Beschäftigung. (Kurt Beck, damals Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Parteivorsitzen-

der der SPD, brachte das 2006 so auf den Punkt: „Wenn Sie sich waschen und rasieren, dann finden Sie auch einen Job.“ Endlich brauchen wir keine Wirtschaftstheorie mehr. Seife und Rasierzeug reichen aus.) In dieser Welt sind die Arbeitslosen selbst für Ihre Lage verantwortlich. Die Hartz-IV-Gesetze sollen sie antreiben. Keynesianische Theorie sieht das anders: Zu Arbeitslosigkeit kommt es, weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu gering ist. Es wird weniger Arbeit benötigt, um die nachgefragten Waren herzustellen. Folglich sind nicht die Arbeitslosen für ihre Lage verantwortlich, denn schließlich können sie die Gesamtnachfrage nicht vergrößern. Wen nun erwischt die Arbeitslosigkeit mit der höheren Wahrscheinlichkeit? Wenn mehr Arbeitsstunden angeboten werden, als die Unternehmen nachfragen, schieben die Unternehmen all die heraus, welche die vergleichsweise geringere Produktivität haben und folglich – gegeben der Stundenlohn – für das Unternehmen weniger Gewinn abwerfen. Die deswegen Herausgesiebten werden arm. Vom Unternehmensinteresse her ist das rational. Und eine Gesellschaft, die in jeder Facette nach unternehmerischen Kosten-Nutzen-Erwägungen handelt, ist bereit, die so nutzlos Gewordenen eiskalt zu verachten.

Eine Lösung ist von einem höheren Wesen oder von einem entkultivierten und rabiaten Bürgertum nicht zu erwarten. Da hilft nur eines: Die große Mehrheit, die von Arbeit lebt, Erwerbsarbeit sucht, wegen geringen Lohns zu wenig Altersrente hat, noch in der Ausbildung ist, all die müssen die Sache selbst in die Hand nehmen. Da hilft kein Bewerbungstraining für Stellen, die es nicht gibt. Also weg mit der Resignation, mit der Selbstbezeichnung, dass Armut und Arbeitslosigkeit der eigene Fehler gewesen sei! Trainieren wir stattdessen, uns selbst um die öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern in Initiativen, in der Gewerkschaft, in unserer Partei. Und verhalten wir uns da nicht wie das entkultivierte und rabiate Bürgertum! Packen wir die Sache an mit Solidarität und Elan – geduldig und beharrlich! Es ist viel zu tun.

- 1 Friedrich August von Hayek, Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, in: ders., Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze von F. A. von Hayek, Tübingen 1969, S. 121.
- 2 Rede von Adolf Hitler am 21. Mai 1935 im Deutschen Reichstag, in: Paul Meier-Benneckenstein (Hrsg.): Dokumente der deutschen Politik, Band 3, Berlin 1937, S. 71f.
- 3 Friedrich August von Hayek: Ungleichheit ist nötig, Interview mit Stefan Baron, in: *Wirtschaftswoche*, Nr. 11, 1981. Dieses Interview wurde nach Hayeks Tod erneut in der *Wirtschaftswoche* publiziert (Nr. 3 vom 11. Januar 1996). Die hier zitierte Passage ist dort allerdings nicht mehr wiedergegeben.
- 4 Eva Groß, Julia Gundlach, Wilhelm Heitmeyer, Die Ökonomisierung der Gesellschaft. Ein Nährboden für Menschenfeindlichkeit in oberen Status- und Einkommensgruppen. In: ders. (Hrsg.), *Deutsche Zustände*. Folge 9, Frankfurt 2010, S. 140f.
- 5 Ebenda, S. 149.
- 6 Ebenda, S. 152.
- 7 Wilhelm Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem entsicherten Jahrzehnt. In: ders. (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, S. 35.



Der folgende Artikel stammt aus der *Hamburg Debatte* Nr. 10, die im Dezember 2013, drei Monate nach der Bundestagswahl erschien.

# Die neue Regierung: Mutti und die Volksparteien

**Nach dieser Wahl gibt es drei Koalitionsmöglichkeiten.**

**Wer passt nun am besten zu wem?**

Gleich nach den Wahlen wollte DIE LINKE die SPD und die Grünen dazu bringen, gemeinsam im Bundestag den gesetzlichen Mindestlohn zu beschließen. Damit hätten alle drei Parteien einen Punkt ihrer Wahlprogramme verwirklichen können. Die Demarche hatte keinen Erfolg. Damit ist wieder ein Mal die Frage gestellt, ob Wahlprogramme eigentlich ernst gemeint sind. Wenn ja, dann hätte eine Koalition aus SPD, LINKEN und Grünen noch mehr von diesen Programmen verwirklichen können. Wenigstens die SPD wäre so ihren Wählern entgegengekommen, denn diese stammen ja in ihrer Mehrheit nicht aus derselben gesellschaftlichen Schicht wie die Wähler der Unionsparteien.

**Was verbindet die SPD mit den Unionsparteien?**

Nun läuft alles auf eine Koalition der Volksparteien CDU/CSU und SPD hinaus. Was aber haben diese beiden Parteien gemeinsam? Bei den Wahlprogrammen gibt es doch wesentliche Unterschiede, allem voran die von der SPD geforderten Steuererhöhungen. Was ermöglicht ihnen dennoch eine Koalition? Eine Antwort lässt sich in Handbüchern der Politikwissenschaft finden, so im „Kleinen Lexikon der Politik“ von Nohlen/Grotz. Da heißt es: Die „Massenintegrationsparteien auf Klassen- oder Konfessionsbasis“ werden umgeformt hin zur „Allerweltpartei (catch-all party), zu einer echten Volkspartei.“ Sie werben damit, „schichtenübergreifend und weltanschaulich verbindend breite Wählerschichten in sich aufzunehmen und in ihrer Interessenvielfalt ausgleichend vertreten zu wollen.“ Deshalb, so „Meyers großes Taschenlexikon“, sind sie „zum internen, vorparlamentarischen Ausgleich entgegengesetzter

wirtschaftlicher und sozialer Interessen gezwungen.“ Den Unionsparteien mit ihrem Wirtschafts- und ihrem Sozialflügel gelingt das offenbar. Aber nicht immer: Als Merkel vor den Wahlen 2005 Kirchhoff in ihr Kompetenzteam holte und sich so dessen Steuerpläne zu eigen machte (Grenzsteuersatz 25 Prozent, weniger Steuern für hohe Einkommen), haben die Unionsparteien im Vergleich zu ihren anfänglichen Umfragewerten mächtig verloren. Und auch die SPD hat sehr viele Stimmen eingebüßt, weil sie gegen das Interesse der Mehrheit ihrer Wähler Hartz IV und die Rente mit 67 durchgesetzt hat. Aber dennoch: Wer sich als Allerweltpartei versteht, muss davon überzeugt sein, dass ein Interessenausgleich nicht nur innerhalb der eigenen Partei gelingt, sondern ebenso gut mit jedem Koalitionspartner. Grundsätze, ja nur Realitätssinn sind bei Mitgestalten und Mitregieren, bei „Wir wollen Verantwortung übernehmen“ nur lästig.

Von der Volkspartei zum populären Volkskanzler, der über den Parteien steht, ist es nicht weit. Am Wahlabend, als Merkels Erfolg mit den ersten Hochrechnungen deutlich wurde, schrieb Oliver Stock, der Chefredakteur vom *Handelsblatt Online*, eilig einen Artikel mit dem Titel „Die Volkskanzlerin“. Schön und gut. Ludwig Erhard ließ sich in den 1960er Jahren ebenfalls Volkskanzler nennen. Zu bedenken aber ist: Goebbels und Göring nannten den Reichkanzler Hitler zu Beginn seiner Herrschaft gerne Volkskanzler. (Postkarten mit „Volkskanzler Hitler am Tegernsee“ – in Zivil – gab es auch zu kaufen.) Damit sind Erhard oder Merkel keine Faschisten, aber warum das identische Schlagwort vom Volkskanzler? Immerhin legt es nahe, dass die Volkskanzlerin und die Volksparteien am besten zusammenpassen – wäre da nicht das Volk mit sehr unterschiedlichen, ja äußerst gegensätzlichen Interessen!

### **Reichtum und Parteienbindung**

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat kurz vor der Wahl in seinem Wochenbericht 37/2013 den Zusammenhang zwischen Parteibindung, Einkommen und Vermögen der Haushalte untersucht. Das Ergebnis: Wohlhabende neigen zu CDU/CSU und FDP – und zu den Grünen (so der Titel der Studie). Die Ergebnisse lassen sich so zusammenfassen: Die Studie geht von fünf Einkommens- und Vermögensschichten aus. Wenn sich bei den einzelnen Parteien jeweils 100 Leute aus dem reichsten Einkommensfünftel an die betreffende Partei gebunden fühlen, wie viele Leute sind es dann aus dem ärmsten Einkommensfünftel? Bei der CDU/CSU kommen auf 100 Reiche 70 Arme, bei den Grünen ist das Verhältnis mit 100 zu 73 ähnlich. Die FDP ist eine echte Reichenpartei. Hier kommen auf 100 Reiche 42 Arme. Der SPD dagegen neigen 100 Reiche und 133 Arme zu. Bei der Linken ist die Relation wesentlich ausgeprägter: Wenn sich 100 Personen aus dem reichsten Einkommensfünftel an DIE LINKE gebunden fühlen, dann sind es 461 Personen aus dem ärmsten Einkommensfünftel. (Wird nicht die Einkommens-, sondern die Vermögens-

schichtung zugrundegelegt, sind die Unterschiede noch ausgeprägter.) Weiter zeigt die Studie, dass die Umfragen kurz vor der Wahl der so ermittelten Parteibindung entsprechen.

Auf der Grundlage der Parteibindung ist demnach nicht die SPD der richtige Partner für Kanzlerin Merkel, sondern die Grünen. Aber die Unionsparteien trauen ihnen nicht so recht. Auch wenn Trittin vom CSU-Generalsekretär Döbriest nicht mehr „verknöchertes Alt-68er“ genannt wird, „der Missionierungseifer der Grünen und ihr immer wieder aufflackernder Weltverbesserungsdrang schüren das ohnehin tiefsitzende Misstrauen der Konservativen in der Union.“ (FAZ, 11.10.2013) Aber ist diese Aversion gerechtfertigt? Haben die Grünen nicht gleich nach der Wahl die Verknöcherten, so Trittin, beseitigt? Der hat das Wahlprogramm engagiert vertreten, wonach die öffentliche Verschuldung dramatisch gewachsen sei, während hohe Einkommen und Vermögen seit Jahren geringer besteuert würden. Und auch die Bundesvorsitzende Claudia Roth ist gegangen. (In ihrer Abschiedsrede sagte sie: „Aber die Position der Alternative dürfen wir nie aufgeben.“ Ist diese Position mit ihr abgetreten?) Nun werden Winfried Kretschmann und seine Richtung vermehrt den Ton angeben.

Die Wende der Grünen ist ein Lehrbeispiel für die ökonomische Theorie der Demokratie. Diese behauptet: Die Parteien bieten Politik an, die Wähler fragen sie nach. Bleibt die Nachfrage aus, wird das Politikangebot, so das Politikprodukt Steuererhöhung, nicht mehr hergestellt. Aber dann gestalten die Parteien nicht, sondern lassen sich von der öffentlichen, der veröffentlichten Meinung formen – und von denjenigen, die sie machen. Sie rennen hinter der Bewusstseinsindustrie her, statt geduldig und beharrlich die öffentliche Meinung, die Einstellungen zu verändern. So wirken sie in fataler Weise mit bei der politischen Willensbildung des Volkes im Sinne des Artikels 21 des Grundgesetzes. Das Ergebnis ist dann, wie Gregor Gysi das nennt, „Einheitssoße“.

### **Große Koalition ist Herumwursteln**

In einer großen Koalition kann die SPD das Interesse der Mehrheit derer nicht umfassend vertreten, die sich an die SPD gebunden fühlen. Worin besteht dieses Interesse? Das Volkseinkommen ist anders zu verteilen, für mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr und besseren öffentlichen Dienst, für hinreichende Altersrenten. Also höhere Steuern auf die hohen Einkommen und Vermögen, ein gesetzlicher Mindestlohn, Stärkung der Gewerkschaften durch die Gesetzgebung, keine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Von all dem bleibt allenfalls ein gesetzlicher Mindestlohn. Von den anderen Forderungen der SPD an die CDU/CSU, so die Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit und von Werkverträgen, oder die wenigstens teilweise Beseitigung von befristeten Arbeitsverträgen, wird wohl am Ende der Wahlperiode kaum etwas zu sehen sein. Die Wahlergebnisse von 2009 aber zeigen deutlich, wie bedeutend der Zusammenhang von Einkommen, Vermögen und Parteibindung für das Wahl-

verhalten ist. Die Mitglieder und die Funktionäre der SPD wissen das: Nach einer Forsa-Umfrage für den *Stern* (26.9.2013) sind 65 Prozent der SPD-Mitglieder und 70 Prozent der Funktionäre gegen eine Koalition mit der CDU/CSU. Am 15. Oktober hat INSA im Auftrag von *Bild* den Zuspruch der Deutschen für eine Große Koalition untersuchen lassen: 62 Prozent der deutschen Wahlberechtigten rechnen mit der Bildung einer Großen Koalition, aber nur 32 Prozent wünschen sie sich. Die Ergebnisse der Umfragen verändern sich allerdings – und werden verändert. Die Umfragen für *ARD* und *ZDF* beispielsweise informieren nur noch über die Meinung der Wahlberechtigten und der SPD-Wähler. Da steigt die Zustimmung. Über die Meinung der SPD-Mitglieder erfahren wir wenig.

Was bedeutet das alles für DIE LINKE? Indem sich die SPD weiter zerstört, wird DIE LINKE Erfolg haben, wenn sie bei ihrem Programm bleibt. Die Umfragen zu Neuwahlen zeigen das. Mittlerweile wird für DIE LINKE mit zehn Prozent gerechnet.

Dieser Artikel stammt aus der *Hamburg Debatte* Nr. 11 (April 2014). Sie erschien zwischen dem Europaparteitag der LINKEN im Februar in Hamburg und der Wahl des Europäischen Parlaments im Mai 2014. Hintergrund ist die innerparteiliche Kontroverse um die Beschreibung der EU als „neoliberal, militaristisch und undemokratisch“.

## Wo stehen wir mit dem linken Projekt Europa?

Auf der italienischen Verbannunginsel Ventotene verfassten Altiero Spinel­li (später, von 1970 bis 1976, war er Mitglied der Europäischen Kommission) und Ernesto Rossi 1941 ein Manifest, das als Grundlage gelten kann für die Bemühungen der Linken, ein vereintes Europa zu schaffen. Dort heißt es: „Die europäische Revolution muss sozialistisch sein, um unseren Bedürfnissen gerecht zu werden.“ Hierbei muss das „Privateigentum [...], von Fall zu Fall, abgeschafft, beschränkt, korrigiert oder erweitert und nicht nach einer rein dogmatischen Prinzipienreiterei gehandhabt werden.“ In den Händen privater Eigentümer dürfen nicht mehr jene Unternehmen verbleiben, „die aufgrund des investierten Kapitals, der Anzahl der beschäftigten Arbeiter oder aber auch der Wichtigkeit, in dem von ihnen beherrschten Wirtschaftszweig, die staatlichen Organe erpressen können, um die für sie vorteilhaftere Politik aufzuerzwingen (z. B.: Bergwerkindustrie, Großbanken, große Rüstungsindustrie).“ Ein konkreter Zweck dieser Maßnahmen ist, die „dank der modernen Technik beinahe unbegrenzte Leistungsfähigkeit der Massenproduktion lebensnotwendiger Güter [zu nutzen, um allen] Wohnung, Nahrung und Kleidung zu sichern, so wie ein für die menschliche Würde unverzichtbares Minimum an Komfort.“ In der Tat: Gregor Gysi sieht das vollkommen richtig, wenn er sagt: Die „europäische Integration ist in ihrem Ursprung eine linke Idee“.<sup>1</sup>

Diese große Hoffnung der Nachkriegszeit hat sich nicht erfüllt. Zu Recht fragte der ursprüngliche Entwurf des Europawahlprogramms der LINKEN danach, was „die Raubzüge der Großbanken“, „die Unersättlichkeit der Rüstungskonzerne daraus gemacht“ hätten. Da haben wohl tatsächlich die Großunternehmen den staatlichen Organen die für sie vorteilhaftere Politik aufgezwungen.

Das „Projekt einer Deklaration über die europäische Zusammenarbeit“ verfolgte dieselben Ziele wie das Manifest. Es wurde 1944 von Mitgliedern der Résistance-Bewegungen europäischer Länder, darunter Deutschlands, in Genf ausgearbeitet. Dort erklären sie, dass „das Leben der Völker [...] auf die Ach-

tung der Person, die Sicherheit, die soziale Gerechtigkeit, die umfassende Nutzung der wirtschaftlichen Hilfsquellen zugunsten der Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit und die autonome Entfaltung des nationalen Lebens begründet sein muss.“ Also den technischen Fortschritt nutzen, um die Lebensverhältnisse aller zu bessern.

Die Europäische Union ist einen anderen Weg gegangen. Ende der 40er Jahre gründeten sich zwei europäische Vereinigungen mit gegensätzlichen Vorstellungen über „den Weg nach Europa“. Spinelli rief mit seinen Kollegen die Union der Europäischen Föderalisten (UHF) ins Leben. In Montreux beschlossen sie 1947, „in naher Zukunft Generalstände Europas zu organisieren, die sich gegen die nationalen Regierungen und Parlamente zur Verfassunggebenden Versammlung des Vereinten Europa entwickeln sollten.“<sup>42</sup> Das wäre der Anfang eines europäischen Staates gewesen, mit einem Parlament, dem die Regierung verantwortlich gewesen wäre. Churchill war ein entschiedener Gegner dieses Plans. Er und Duncan Sandys reagierten prompt. 1947 brachten sie die United Europe Movement (UEM) zusammen und luden für das Frühjahr 1948 zu einem Europäischen Kongress in Den Haag führende Politiker des westlichen Europas ein. Die Föderalisten der UHF nahmen nach einigem Zögern schließlich an dieser Konferenz teil, konnten sich dort aber mit ihren Vorstellungen nicht durchsetzen. Die sozialistischen Parteien der Marshall-Plan-Länder sprachen sich gegen eine Beteiligung an dieser Konferenz aus. Das Ergebnis der Konferenz war die Gründung der „Europäischen Bewegung“ als Dachverband, dem neben der UEM auch die UHF angehörte. Churchill hatte gewonnen. Spinelli warf ihm vor, die UEM aus rein antikommunistischen Motiven forciert zu haben, um die Föderalisten der UHF Schach matt zu setzen. Aus den Initiativen der „Europäischen Bewegung“ wiederum ging 1949 der Europarat hervor, der dann seinerseits zum Ausgangspunkt für die Schaffung weiterer europäischer Behörden, so der Montanunion 1951, wurde.

Churchills Erfolg war das Ende einer von einem Parlament gewählten europäischen Regierung. Sicherlich sind die Regierungen der EU durch Wahlen legitimiert, und die Regierungen betonen gerne, dass diese Legitimation bis zu den (von ihnen geschaffenen) europäischen Einrichtungen und deren Entscheidungen reiche. Damit werden die nationalen Parlamente in der Praxis zu Mitbestimmungsorganen. Offenbar nicht zufällig sagte Kanzlerin Merkel am 1. September 2011 im Deutschlandfunk: „Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist“. Abgesehen von „marktkonform“: Wer ist der Partner bei der Mitbestimmung? Die europäischen Behörden!

Diese sind, das hat Spinelli bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl kritisiert, aus internationalen Verträgen hervorgegangen – und eben nicht das Ergebnis der Beschlüsse eines europäischen Parlaments. Das ist ein wesentlicher Unterschied – und das ist der Ausgangs-

punkt für die EU als einer weitgehend undemokratischen Macht. Der internationale Vertrag, einmal zustande gekommen und in den jeweiligen Ländern von den Parlamenten oder durch Volksentscheide gebilligt, beschränkt die Macht des jeweiligen nationalen Parlaments. Es ist nun für all das nicht mehr zuständig, kann über all das nicht mehr entscheiden, was an diejenigen Einrichtungen abgegeben ist, die der internationale Vertrag geschaffen hat, also die EU-Kommission usw. Zu Recht hat die LINKE den Garantiefonds ESM mit diesen Argumenten kritisiert, und mit demselben Recht kritisiert sie das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA. Der Kompetenzverlust der nationalen Parlamente könnte ersetzt werden durch die Kompetenzen des EU-Parlamentes. Dessen Möglichkeiten aber sind sehr eingeschränkt. Deswegen wurde behauptet, es sei eine „Parlamentsattrappe“. Etwas hat sich hieran mit dem Vertrag von Lissabon (2009) verbessert – viel aber nicht. Die eingeschränkte Macht von Parlamenten kennen wir aus den konstitutionellen Monarchien des 19. Jahrhunderts. Das ist das weithin Undemokratische an der EU. In ihrem Wahlprogramm wirft die LINKE das der EU vor. Der Vorwurf, die EU habe die Finanzkrise mit verursacht, sollte allerdings ergänzt werden. Entscheidend war der deutsche Widerstand gegen eine gesamteuropäische Lösung. Paul Krugman sagte in einem Interview mit dem *Spiegel*, „dass den beiden [Kanzlerin Merkel und ihrem Finanzminister Steinbrück] vielleicht die „intellektuelle Beweglichkeit“ fehle, um das Ausmaß der Wirtschaftskrise zu erkennen.“<sup>3</sup> (Eine freundliche Umschreibung für Verbohrtheit und Dummheit.) An der Stabilisierungspolitik der USA hätte sich die Bundesregierung orientieren können. Denn diese Politik war nichts weiter als Management des Kapitalismus im kapitalistischen Interesse. Die linke Alternative ist, (teils mit dieser Stabilisierungstechnik) die Aktivitäten des Finanzsektors einzuschränken, ihn schließlich in Gemeineigentum zu überführen. Und mehr Demokratie heißt mehr Parlamentarismus in der EU.

1 Im Gespräch: Der Fraktionschef der Linkspartei im Bundestag, Gregor Gysi: „Rot-rote Gespräche nur ohne Vorbedingungen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.1.2014.

2 Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939 – 1957*, Göttingen 1996, S. 57.

3 Nobelpreisträger Krugman attackiert Merkel und Steinbrück, *Spiegel online*, 13.12.2008

Dieser Artikel erschien einen Monat vor der Bürgerschaftswahl in der *Hamburg Debatte* Nr. 12 (Januar 2015), die unter dem Motto „Oppositionsverantwortung“ steht, vor dem Hintergrund der Wahlerfolge der AfD bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

## Was macht die AfD attraktiv – auch für Wähler der LINKEN?

Bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen war DIE LINKE – mit Ausnahme Brandenburgs – recht erfolgreich. Zu denken gibt aber, dass sie in den drei Bundesländern zusammen 51.000 Stimmen an die Alternative für Deutschland verloren hat. Das sind 6,7 Prozent der Zweitstimmen, die für DIE LINKE abgegeben worden sind. Sicherlich, die CDU hat in den drei Ländern 69.000 Stimmen an die AfD verloren, bei der FDP waren es 46.000 Stimmen.

Offensichtlich kann die AfD aus recht unterschiedlichen Lagern Stimmen dazu gewinnen. Aber was veranlasst Wähler der LINKEN hierzu? Motiv für den Wechsel dürfte die Vorstellung einer allgemeinen Bedrohung sein. Bedrohlich erscheint die Globalisierung allgemein, die Ost-Erweiterung der EU, folglich die Zuwanderung von billigen Arbeitskräften, die Zuwanderung von Flüchtlingen, die den Ansässigen die Sozialleistungen streitig machen würden. Oder allgemeiner, die Furcht, nicht mehr Herr im eigenen Haus zu sein. Dieser Furcht kommt die AfD mit ihrem Populismus entgegen. Sie verspricht, die Verteidigung zu organisieren.

Der Begriff des Populismus kann bei der Analyse der AfD weiterhelfen – das aber nicht in seiner unklaren, meist polemischen Alltagsverwendung.



Eine recht klare Analyse des Populismus hat Karin Priester in ihrem Buch „Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon“ vorgelegt. Sie schreibt: „Populistische Tendenzen entstehen in ökonomischen und sozialen Umbruchphasen, die politische Desillusionierung und den Verlust des Vertrauens in die Handlungskompetenz der Eliten hervorrufen.“<sup>1</sup> Unter dieser Bedingung könne sich die liberale Demokratie auflösen in ihre Bestandteile: hier liberaler Rechtsstaat, dort Volkssouveränität. „Nach 1945 kam es vor allem den großen Volksparteien zu, diese Synthese zu festigen. Sie wird heute durch vielfältige Krisenerscheinungen brüchig, von denen sich die Populisten vor allem eine zunutze machen: Die alternativlos erscheinende Verwaltung von ‚Sachzwängen‘ die zugleich als Abkapselung eines in sich rotierenden ‚Elitekartells‘ wahrgenommen wird.“<sup>2</sup>

In der Tat: Die Union und die SPD haben sich als Volksparteien, als Allerparteien zum Verwechseln einander angenähert. (Nicht anders die Grünen.) Sie alle sind ein „rotierendes Elitekartell“. Sie werden wahrgenommen als ein Kartell, in dem die Politiker sich machtlos geben gegenüber den von ihnen als naturgesetzlich behaupteten Sachzwängen. Sie scheinen überzeugt von einer außer- und übermenschlichen Intelligenz des Marktes, vom Wettbewerb<sup>3</sup>, den Vorteilen eines uneingeschränkten internationalen Waren- und Kapitalverkehrs. Sie unterwerfen sich der Diktatur der Finanzmärkte, statt diese zu regulieren und einzuschränken. Sie schließen internationale Verträge ab, so das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, und beschränken damit ganz bewusst die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente. Die „Handlungskompetenz der Eliten“ geht offenbar dahin, ihre Macht in ihrer großen Idee vom freien Markt, von der internationalen Souveränität großer Konzerne aufgehen zu lassen. Koalitionen, die DIE LINKE eingeht, können in dieselbe Richtung wirken: Denn sie kann nun bei den Wählern in den Verdacht geraten, es „mit denen da Oben“ zu halten, also ein Teil zu sein vom „rotierenden Elitekartell“. (Damit ist nichts gegen Koalitionen an sich gesagt, entscheidend ist die Praxis einer solchen Koalition.)

Wenn die Demokratie im Sinne Priesters dazu neigt, sich in ihre Bestandteile aufzulösen, dann ist der Populismus vor allem deswegen attraktiv, weil er für sich die Idee der Volkssouveränität in Anspruch nimmt. Unter diesem Gesichtswinkel gibt es auf der linken und auf der rechten Seite „einen Entfremungsdiskurs, dessen Schnittmenge in der gemeinsamen Ablehnung von Bevormundung und Fremdbestimmung liegt, sei es die der EU, des Kapitals, der Bürokratie, der politischen Eliten“.<sup>4</sup> Indem sich die AfD in ihrer Propaganda diesen Aspekt des Populismus zu Eigen macht, stellt sie durchaus richtige Fragen – aber die Antworten sind falsch.

Das erklärte Ziel der AfD ist weniger Bevormundung. Ihre politischen Leitlinien wenden sich gegen „überbürokratische Bevormundung der Bürger durch zahllose Verordnungen und Gesetze“ (2), sie befürwortet mehr direkte

Demokratie im Rahmen von Volksabstimmungen und -initiativen. Die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit Deutschlands „in außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten (dürfe) nicht ohne die ausdrückliche Zustimmung des Volkes eingeschränkt werden“ (6), sie spricht sich aus für das sogenannte Subsidiaritätsprinzip in der EU (8), wonach jede Entscheidung eine Sache der kleinstmöglichen Einheit sein soll, sie bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards (9), womit sie sich gegen die Konzentration wirtschaftlicher Macht wenden will: Der Mittelstand sei „die tragende Säule unserer Sozialen Marktwirtschaft“. (12)<sup>5</sup>

Der Protest der Populisten richtet sich gegen Zentralisierung und Monopolisierung der Wirtschaft im Staat. Dezentral heißt die Parole. Dieser Populismus träumt von einer mittelständischen, auch genossenschaftlichen Wirtschaft. Es ist die Sehnsucht nach einer Idylle, in der alle in überschaubaren Verhältnissen für sich sorgen können, in der es keine machtvollen Großunternehmen gibt und in der sich der Staat zurückhält. Dies lässt sich leicht ergänzen durch die Vorstellung, dass der bedrohlichen Globalisierung zu begegnen sei durch einen übersichtlichen Lebensraum, durch ein gleichförmiges Volk als geordnete Heimat. Der Schritt von dort zu völkischer Ideologie ist kurz – und damit zur Aussonderung von allem, was dann nicht dazu gehören kann, so das „Prekariat“, die „Ausländer“.

In der politischen Praxis der AfD allerdings sieht das anders aus: So bekam Hans Olaf Henkel den Vize-Vorsitz im Industrieausschuss des Europäischen Parlaments, wahrscheinlich, weil er dort die Interessen der Großkonzerne vertritt. (Henkel befürwortet das Freihandelsabkommen TTIP, obwohl sich die kleinbürgerliche Parteibasis der AfD hierzu deutlich kritisch geäußert hatte.) Auch gegen die Nominierung des britischen Konservativen Jonathan Hill zum Kommissar für Finanzstabilität und Finanzdienstleistungen hatte die AfD keine Einwände. Hill gilt als Lobbyist der Londoner Finanzbranche. Die Bankenrettungsschirme, die die AfD im Zuge der Krise heftig kritisiert hatte, spielen offenbar keine Rolle mehr (AfD-Plakat: „Griechen leiden, Banken kassieren, Deutsche zahlen“ oder auch „Basisdemokratie statt Bankenherrschaft“)<sup>6</sup>.

Wer also AfD wählt, weil er sich von der Globalisierung bedroht, sich ihr schutzlos ausgeliefert sieht, weil er sich gegen Entmündigung wendet, wird enttäuscht werden. Die mittelständische Idylle der AfD, ihr Appell an romantische Gefühle ist ein lausiger Propagandatricks. Überhaupt wundert es, wie sehr alle Parteien warme Worte für den Mittelstand, die Handwerksbetriebe finden. Sicherlich muss eine Partei eine Lösung haben für die Probleme der kleineren Unternehmen (Kreditversorgung, aufgrund von Marktmacht überhöhte Preise auf dem Beschaffungsmarkt und zu niedrige auf dem Absatzmarkt – für die Landwirtschaft besonders bedeutend). Bei der LINKEN aber darf dies ihr eigentliches Anliegen nicht an den Rand drängen. Denn sie vertritt in der Hauptsache das Interesse derjenigen, die für Lohn arbeiten, die

arbeitslos sind, noch nicht arbeiten oder Altersrente bekommen. Es geht um Vollbeschäftigung, Sozialstaat und Lohn, also um die Verteilung und Verwendung des Bruttosozialprodukts. Es geht ums Arbeitsrecht. Nicht zuletzt hatte DIE LINKE 2005 Erfolg angesichts der Hartz IV-Politik von Schröder mit der Parole „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG).

Beim Ziel, die Konzerne zu entmachten, verfolgte das Godesberger Programm der SPD von 1959 ebenso wie das Grundsatzprogramm des DGB von 1963 eine radikalere Strategie als die Stärkung des Mittelstands oder die Entmachtung der Großwirtschaft durch Wettbewerb: Weil diese Staatsgewalt usurpiert (SPD) bzw. weil sie ihre wirtschaftliche Macht zu „wirtschaftlichen, aber auch zu politischen Zwecken“ nutzt (DGB), sollen die Konzerne gegebenenfalls in Gemeineigentum überführt werden. Mittelstand oder mittelständisch findet sich im Godesberger Programm nicht und auch nicht beim DGB. Denn, das hat die FDP ausnahmsweise richtig auf den Punkt gebracht: „Mittelstand ist der Ausdruck einer Geisteshaltung“<sup>7</sup> – wenn nicht Schlimmeres.

1 Karin Priester, *Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon*, Frankfurt/Main 2012, S. 11

2 Ebenda, S. 12

3 Herbert Schui, *Politische Mythen und elitäre Menschenfeindlichkeit. Halten Ruhe und Ordnung die Gesellschaft zusammen*, Hamburg 2014, hier v.a. Kapitel 3, *Der Mythos von Markt und Wettbewerb*, S. 34 f.

4 Ebenda, S. 25

5 *Alternative für Deutschland, Mut zur Wahrheit. Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland*, verabschiedet durch eine Abstimmung der Mitglieder vom 28.4. bis 1.5.2014. Die Ziffern in Klammern beziehen sich auf die Randziffern in den Leitlinien.

6 Constantin Braun, *Gegen die EU? Mit der EU? Rechter Rand: Die ersten 100 Tage der AfD im Europäischen Parlament*, *ak - analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis* / Nr. 598 / 14.10.2014

7 Antrag der FDP im Bundestag vom 8. 2. 2006

## Zweite Befreiung ins Werk setzen

War der 8. Mai 1945 tatsächlich die Stunde Null, also der vollständige Neubeginn, mit dem die Vergangenheit restlos überwunden wurde? Lag wirklich alles „in Schutt und Asche“? Sicherlich: Der große Schritt nach vorne war das Ende der faschistischen Diktatur, die Befreiung Deutschlands, schließlich das Grundgesetz als die beste Verfassung, die wir je hatten. Es garantiert die Würde des Menschen (Artikel 1), den Sozialstaat (Artikel 20) und es verbietet „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören.“ (Artikel 26) Die zweite Befreiung wäre, diese Normen uneingeschränkt zu verwirklichen.

Da ist noch viel zu tun. Denn in den Neubeginn mischte sich von Anfang an viel Kontinuität und Restauration. Dafür steht nicht nur die Karriere von Hans Josef Maria Globke. Er hat die Nürnberger Rassengesetze mit verfasst und kommentiert. Von 1953 bis 1963 war er Chef des Bundeskanzleramtes unter Konrad Adenauer. Zu erinnern ist auch an Opportunisten wie Alfred Müller-Armack, einem der „Väter“ der Sozialen Marktwirtschaft. Er wurde 1933 Mitglied der NSDAP, schrieb sogleich eine Broschüre zur „Staatsidee und Wirtschaftsordnung im Neuen Reich“ (das fette Hakenkreuz auf den Einband ist nicht zu übersehen) und wurde deswegen ordentlicher Professor in Münster. 1950 wurde er Professor in Köln und leitete nebenbei ab 1952 die Grundsatzaabteilung in Ludwig Erhards Wirtschaftsministerium. Vergessen werden sollten auch nicht die vielen Industriellen und hohen Wehrmachtsoffiziere, die – in Nürnberg verurteilt oder nicht – schon recht bald nach 1945 ihren Geschäften wieder nachgingen. Und erst nach 40 Jahren nannte Bundespräsident Weizsäcker den 8. Mai 1945 den Tag der Befreiung: „Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“<sup>1</sup> Warum hat der erste Bundespräsident Heuss das nicht schon 1950 gesagt? Er hatte 1933 nach einigem hin und her als Reichstagsabgeordneter dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt. War das der einzige Grund?

Wie war es mit „Schutt und Asche“? Die Städte waren durch den Bombenkrieg arg mitgenommen. Aber das Bruttoanlagevermögen in der westdeutschen Industrie war 1948 um elf Prozent größer als 1936 (Demontage und Rückgabe von geraubten Anlagen sind hierbei berücksichtigt)<sup>2</sup>. Also hohe Bruttoinvestitionen trotz der umfangreichen Rüstungsproduktion. Das war nur möglich

durch den massiven Einsatz von Zwangsarbeit in Deutschland und in den besetzten Gebieten.<sup>3</sup> Denn allein die Wehrmacht hatte 1944 eine Stärke von rund neun Millionen Mann. Aber nicht nur die fehlten in der Produktion. Dazu zu rechnen sind die Toten, die Kriegskrüppel, die Soldaten, die in Gefangenschaft waren. Wenn es also nach 1945 in Westdeutschland wirtschaftlich wieder rasch aufwärts ging, dann vor allem deswegen, weil die Produktionsstätten, das Produktivvermögen – eben wegen des umfangreichen Einsatzes von Zwangsarbeit – 1948 größer und moderner waren als 1936. Ein Wunder, ein Wirtschaftswunder war es also nicht. Wer darauf hinweist, löst wütende Reaktionen aus.<sup>4</sup>

Das Produktivvermögen (auch in Form von Aktien) hat die Währungsreform gut überstanden. Zwar hatte der Plan für die Währungsreform einen umfangreichen Lastenausgleich vorgesehen, zu dem die Eigentümer des Produktivvermögens maßgeblich beitragen sollten. Damit sollten vor allem die Sparer entschädigt werden, deren Guthaben auf ein Zehntel abgewertet wurden. Dieser Plan wurde am 20. Mai 1946 von der Dodge-Kommission vorgelegt.<sup>5</sup> Aber der Lastenausgleich wurde schließlich Gegenstand der westdeutschen Gesetzgebung, so dass die Aktiengesellschaften und Aktionäre gut davon kamen.

- 1 Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages
- 2 Werner Abelshauer, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2004, S. 71. Abelshauer stützt sich hier auf eine Untersuchung von Rolf Krengel: *Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland von 1924 bis 1956*, DIW Sonderhefte NF 42, Berlin 1958.
- 3 Herbert Schui, *Zwangsarbeit und Wirtschaftswunder*, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 2, 2000, S. 199-203.
- 4 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll vom 27.3.2009, Beratung des Antrags der FDP, Drucksache 16/12326. Im Antrag heißt es, der Mittelstand habe „das deutsche Wirtschaftswunder möglich gemacht“. Meine Kritik (H.S.) daran mit dem Hinweis auf die Zwangsarbeit bringt den CDU-Abgeordneten Laurenz Meyer auf die Palme. Er fordert mich unter Hinweis auf die Würde des Hohen Hauses auf, das Rednerpult zu verlassen. Eine gleichartige Reaktion gab es, als Eric Friedlers Film „Das Schweigen der Quandts“ (eine NDR-Dokumentation zum Einsatz von Zwangsarbeit) im Herbst 2007 herauskam.
- 5 Verantwortlich für den Plan zeichneten neben Joseph M. Dodge die beiden aus Deutschland stammenden US-Immigranten Gerhard Colm und Raymond W. Goldsmith. Ludwig Erhard war daran nicht beteiligt. Eine sorgfältige Darstellung des Plans findet sich bei Heinz Sauer mann (ebenfalls Mitglied der Dodge-Kommission): *Der amerikanische Plan für die deutsche Währungsreform*, *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 111. Band, 1955, S. 265. In derselben Ausgabe findet sich auch der Text des Plans für die Währungsreform der Dodge-Kommission.

In folgendem Kommentar, der im Juli 2015 in der *Hamburg Debatte* Nr. 13 erschien, beschäftigt sich Herbert Schui mit dem Erfolg der LINKEN bei der Bürgerschaftswahl im Februar 2015, zu der sie mit einem konsequenten Oppositionskurs angetreten war.

## Opposition ist nicht Mist

Als Müntefering im März 2004 zum Vorsitzenden der SPD gewählt wird, warnt er die Kritiker der Hartz-Gesetze davor, die Regierungsfähigkeit aufs Spiel zu setzen. Denn „Opposition“, so Müntefering, „ist Mist. Lasst das die anderen machen, wir wollen regieren.“ Ein Jahr danach reichte es dann zum Mitregieren in einer Großen Koalition. Damals noch mit einem Stimmenanteil von 43,2 Prozent. Gutgetan aber hat der SPD die Koalition nicht. Bei den Wahlen 2009 erreicht sie 23,0 Prozent. In der Opposition nach 2009 erholt sie sich wieder leicht und kommt 2013 auf 25,7 Prozent. Die aktuellen Umfragen zeigen keine besseren Werte. Offensichtlich ist Mitregieren auch Mist.

Ein brauchbarer Beleg für die Nachteile des Mitregierens sind die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg (2014) auf der einen und der Bürgerschaftswahlen in Hamburg in diesem Februar auf der anderen Seite. In Brandenburg regierte DIE LINKE als der kleinere Partner der SPD mit. Bei den Wahlen sinkt die Zahl der Zweitstimmen, die DIE LINKE bekommt, von 377.112 auf 183.178, also ein Verlust von 51 Prozent. Von diesen 51 Prozentpunkten gehen rund fünf Punkte an die AfD. Viel größer aber ist der Stimmenverlust, weil 115.000 Leute, die 2009 DIE LINKE gewählt hatten, nun nicht mehr zur Wahl

gingen. Das macht von den 51 Prozentpunkten weitere 30 Punkte aus. Dass DIE LINKE von ihren 26 Parlamentssitzen aber nur neun verliert, liegt an der geringeren Wahlbeteiligung. Sie sinkt von 67,0 auf 47,9 Prozent.

Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg sieht's anders aus. Vor der Wahl macht die Fraktionsvorsitzende Dora Heyenn in einem Fernsehinterview von vorneherein klar, dass DIE LINKE - anders als vor allem die Grünen oder die FDP - eine Koalition mit der SPD ablehnt. Also konsequente Opposition. Das Ergebnis bestätigt Heyenn: Obwohl die Wahlbeteiligung von 57,3 auf 56,5 Prozent sinkt, steigen die Stimmen für DIE LINKE von 220.428 (2011) auf 300.567 (2015), das sind 36 Prozent mehr. 1.000 Stimmen verliert DIE LINKE an die AfD (bei einem Zugewinn von rund 80.000 Zweitstimmen nicht viel). Aus dem Lager der Nichtwähler bekommt sie 3.000 Stimmen dazu, so die Ergebnisse von Infratest.

Gerade der Erfolg bei den Nichtwählern ist beachtenswert. Denn die Erfahrung zeigt, dass die Wahlbeteiligung sinkt, wenn die Armut zunimmt. 1949 liegt die Wahlbeteiligung bei noch hoher Arbeitslosigkeit bei 70 Prozent, sie steigt bei den Wahlen 1972 und 1976 (Vollbeschäftigung) auf über 90 Prozent und ist mittlerweile mit steigender Arbeitslosigkeit wieder auf etwa 70 Prozent zurückgefallen. Ähnlich die Ergebnisse bei der Bundestagswahl 2013: In Wahlbezirken mit hoher Arbeitslosigkeit ist die Wahlbeteiligung gering. Die Erklärung hierfür ist nicht, dass Arme und Arbeitslose politisch gleichgültig wären, kein Interesse am politischen Geschehen hätten. Der Grund fürs Nichtwählen ist vielmehr die Erfahrung, dass bis dahin keine Regierung, keine Volkspartei ernsthaft darangegangen wäre, die Armut zu beseitigen. Im Gegenteil: Mit zunehmender Armut richten sich immer rigorosere Gesetze gegen die Armen, so die Hartz-Gesetzgebung. Das Konzept und die Praxis der Volksparteien ermutigen nicht dazu, aus der Demokratie, mit der Demokratie etwas zu machen. Die Parteien werden wahrgenommen als ein in sich rotierendes, abgekapseltes Elitekartell, das vorgebliche Sachzwänge alternativlos verwaltet. Welche Wahl haben die Wahlberechtigten dann? Dennoch kann eine Partei Stimmen von den Nichtwählern bekommen, wenn sie nicht zu diesem Elitekartell gezählt wird, wenn sie als wirkliche Opposition gilt.

Das stimmt überein mit den Wahlmotiven bei der Bürgerschaftswahl: Die Infratest-Umfrage nach der Wahl zeigt, dass 79 Prozent der Wähler der LINKEN für diese Partei votierten, weil ihr Sachlösungen zugetraut werden. Gegenüber der Wahl von 2011 ein Zugewinn von neun Prozentpunkten. Alle anderen Parteien haben hier weitaus schlechtere Werte, so die SPD 39 Prozent mit einem Verlust von vier Prozentpunkten. Damit ist die Hamburger LINKE auf dem richtigen Weg. Nicht gewählt wurde DIE LINKE (anders als vielleicht die FDP) wegen der Attraktivität ihrer Spitzenkandidatin. Das aber spricht für Dora Heyenn. Sie hat offenbar viel dazu beigetragen, die Wähler auf die Sachlösungen der Partei zu verweisen. Opposition ist also nicht Mist. Sie führt zum Erfolg.

Dieser Artikel aus der *Hamburg Debatte* Nr. 12 (Juli 2015) beschäftigt sich angesichts von zunehmendem Flexibilisierungsdruck im Erwerbsleben mit der Bedeutung der Kampagne „Das muss drin sein“, die Anfang 2015 von der LINKEN gestartet worden war.

## Die atmende Fabrik

Das muss drin sein! Mit dieser Parole startet DIE LINKE am 1. Mai eine Kampagne, die sich – das ist die erste von fünf Forderungen – gegen befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit richtet.

Vor 20 Jahren hat VW-Chef Ferdinand Piëch die Parole von der atmenden Fabrik lanciert – tatkräftig unterstützt von Politikern und Journalisten. Das Suggestive an diesem Begriff liegt auf der Hand: Wer nicht atmet, der erstickt. Dann werden Leute entlassen. Volkswagen wurde die erste atmende Fabrik. 1993 nahmen dort die Aufträge um ein Viertel ab. Zu Entlassungen sollte es nicht kommen. Mit der traditionellen Kurzarbeit wollte man sich nicht helfen. Stattdessen wurde im Dezember 1993 eine 28,5-Stunden-Woche mit flexibler Arbeitszeit vereinbart; der Stundenlohn wurde erhöht, zu einem vollen Lohnausgleich kam es allerdings nicht. Der Einkommensverlust betrug 15 Prozent. Peter Hartz, damals Personalvorstand von VW, handelte das VW-Modell mit der IG Metall aus. Mit von der Partie war Gerhard Schröder, damals Ministerpräsident von Niedersachsen und deswegen Mitglied des Aufsichtsrates von VW.

Der Vorteil für das Unternehmen liegt auf der Hand: Wenn schon der Bestand an Maschinen nicht der jeweiligen Auftragslage angepasst werden kann, dann doch wenigstens die Arbeitsstunden, die bezahlt werden müssen. Die Arbeit muss sich bereithalten und das auch in der kurzen Frist. Viel planen lässt sich da nicht an den freien Tagen. Eine atemlose Belegschaft rennt hinter der jeweiligen Auftragslage und Fertigungsplanung her. Auf der Webseite von VW wird das positiv gesehen: „Flexibilität ist ein wichtiger Aspekt, wenn es darum geht, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.“

Ähnliche Formen der Flexibilisierung der Arbeit wie bei VW wurden rasch Praxis in allen Unternehmen. Das erfordert den „M-4-Mitarbeiter, der mehrfachqualifiziert, mobil, mitgestaltend und menschlich ist.“<sup>1</sup> Das ist niemand von Anfang an. Durch Selbstoptimierung können sich die Beschäftigten ver-



vollkommen. Das klingt religiös, pietistisch. Der Lohn ist aber nicht das Himmelreich, sondern Aussicht auf Beschäftigung. Der Begriff der Selbstoptimierung stammt aus der Regelungstechnik. Die Produktionswissenschaft arbeitet an der Entwicklung einer Automatisierungstechnik, die die jeweiligen Umfeldbedingungen selbständig erkennt und den Produktionsprozess diesen Bedingungen ohne weiteres Zutun anpasst.<sup>2</sup> Wer eine erfolgreiche Arbeitskraft sein will, muss eine analoge Automatisierungstechnik auf sich selbst anwenden.

Aber nicht nur im Rahmen der flexibilisierten Arbeitszeit atmet die Fabrik. Befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit haben denselben Zweck. Die Beschäftigung kann einigermaßen reibungslos der Auftragslage angepasst werden, ohne dass Kündigungsfristen und Kündigungsschutz beachtet werden müssten. Entsprechend stieg die Anzahl der befristeten Neueinstellungen von 34 Prozent (1997) auf 42 Prozent (2013). 78 Prozent der befristeten Einstellungen finden im Bereich Erziehung und Unterricht statt, bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter (so Kirchen) sind es 68 Prozent und in der öffentlichen Verwaltung 60 Prozent.

Das persönliche Leben – außerhalb der Arbeit – zu planen, wird selbst für die kurze Frist, für die nächsten Tage, kaum möglich. Wir sind angehalten, unser Leben selbstregulierend der Produktionsplanung der Unternehmen anzupassen. Reichlich Stress also im täglichen Leben. Kanzlerin Merkel will mit süßlichem Politikkitsch hiervon ablenken: Die „Heimat gibt gerade in Zeiten des sehr schnellen Wandels (...) den Halt, den die Menschen brauchen“.<sup>3</sup> Im Herbst 2005 bekam sie für diese Regierungserklärung reichlich Beifall von der SPD. Ja, „es gibt die Hoffnung der Menschen, dass der eigene Lebensentwurf im schnellen Wandel nicht umgeworfen wird, dass Gemeinschaften zusammenbleiben, die Sehnsucht nach Heimat, Vertrautheit und Sicherheit.“<sup>4</sup>

Mit Hoffnung und Sehnsucht ist es nicht getan. Und auch nicht damit, dass DIE LINKE in einer anderen Koalition der SPD reichlich Beifall für denselben Unsinn spendet. Ändern lassen sich die Verhältnisse nur mit konsequenter Opposition, mit Aktion. Die Kampagne „Das muss drin sein“ geht in diese Richtung.

1 Peter Hartz, Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht, Frankfurt 1994, S. 111

2 Genaueres hierzu in Jürgen Gausemeier (Hrsg.), „Selbstoptimierende Systeme des Maschinenbaus - Definitionen und Konzepte“, Paderborn 2004

3 Angela Merkel, Regierungserklärung vom 30.11.2005

4 Angela Merkel, Rede in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt, 20.01.2010

Schwerpunkte der *Hamburg Debatte* Nr. 14 (Januar 2016) sind angesichts der verstärkten Fluchtbewegungen vor Krieg, Hunger und Armut im vergangenen Jahr Fluchtursachen und Flüchtlingspolitik. Mit nötigen Konsequenzen für die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik beschäftigt sich Herbert Schui in folgendem Artikel.

## Keine Tabus in der Flüchtlingsfrage

„Das Asylrecht kennt keine Obergrenze.“ So humanistisch dieser Satz von Kanzlerin Merkel auch klingt: Die politische Praxis der Regierung verfolgt eindeutig das Ziel einer Obergrenze. Zu diesem Zweck sollen weitere Herkunftsstaaten, nämlich Albanien, Kosovo und Montenegro, als „sicher“ gelten. Die Türkei soll doch nicht zu dieser Gruppe gehören, weil einige EU-Staaten wegen der Menschenrechtslage dort Bedenken hatten. Stattdessen ist nun ein Aktionsplan mit der Türkei beschlossen: Die Türkei verpflichtet sich, die Ausreise von Flüchtlingen nach Europa zu unterbinden. Dafür zahlt die EU drei Milliarden Euro, verspricht Visa-Erleichterungen und will mehr Bewegung in die Verhandlungen für einen EU-Beitritt der Türkei bringen. (Die Antiislam-Patrioten der Pegida, ja selbst die CSU werden damit nicht zufrieden sein.) Überdies sollen die Asylverfahren beschleunigt werden. Zu diesem Zweck werden spezielle Aufnahmeeinrichtungen mit verschärfter Residenzpflicht für Flüchtlinge mit geringen Bleibechancen eingerichtet.

Das Motiv für all diese Maßnahmen ist die Vorstellung, dass Deutschlands Möglichkeiten, Flüchtlinge aufzunehmen, begrenzt sind. Was bestimmt diese Grenzen? Zu viel Volk auf zu wenig Raum scheidet als Argument aus. Denn bei einer Bevölkerungsdichte wie in Belgien hätte Deutschland nicht 81, sondern 130 Millionen Einwohner. Volk ohne Raum ist nicht das Problem, wohl aber Volk ohne Wohnraum und ohne hinreichende Erwerbsmöglichkeiten.

Im Herbst waren rund 2,7 Millionen offiziell als arbeitslos registriert. Dazu kommen die Arbeitslosen, die in einer vorübergehenden Maßnahme sind und deswegen nicht mitgezählt werden. Zusammen sind das 3,5 Millionen Arbeitslose. Nicht berücksichtigt bei dieser Zahl sind diejenigen, die Teilzeit arbeiten und eine Vollzeitstelle suchen oder die der sogenannten stillen Reserve angehören, das heißt eine Arbeit suchen, aber nicht als arbeitsuchend registriert sind. Es gibt also schon reichlich Arbeitslose. Dazu kommen nun die Flüchtlinge, sobald sie eine Arbeitserlaubnis haben. Die Folge: Besonders im Bereich der geringeren Qualifikation kann sich die Vorstellung herausbilden, dass die Flüchtlinge einem die Arbeit wegnehmen. Um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, empfiehlt die vorherrschende Wirtschaftstheorie allseitige Flexibilität, niedrige Löhne und Disziplinierung mit Hartz IV. Es wird vorgeschlagen, dass für Flüchtlinge der gesetzliche Mindestlohn nicht gilt, so zum Beispiel der Sachverständigenrat in seinem neuesten Gutachten. Wird so verfahren, dann sinken für die Einheimischen die Chancen, eine Arbeit zu finden. Die Unternehmer ersetzen sie durch billige Flüchtlinge. Die Schwachen gegen die Schwächsten ausspielen, das will auch der vormalige SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement: „Jeder legale Arbeitsplatz ist zumutbar. Die Mehrheit derer, die jetzt zu uns kommen, werden das auch so sehen. Und andere müssen es lernen.“ (*Handelsblatt* 14.9.2015) Wer angesichts dieser Empfehlungen Bedenken hat wegen der vielen Flüchtlinge, sollte nicht gleich Faschist genannt werden. Aber es sollte ihr oder ihm möglich gemacht werden einzusehen, dass ihr Feind nicht die Flüchtlinge sind, sondern all die, die sich erfolgreich dafür eingesetzt haben, dass der Staat nicht mehr verantwortlich ist für Vollbeschäftigung. Vollbeschäftigung ist auch mit vielen Flüchtlingen möglich, wenn der Staat, wenn die Altersrentner, wenn die Lohnbezieher mehr ausgeben. Woher soll das Geld kommen? Die Reichen, die Unternehmen müssen höhere Steuern zahlen, die Löhne müssen steigen, der Staat muss das Recht in Anspruch nehmen sich zu verschulden.

Ein staatliches Ausgabenprogramm hat wegen der Erfordernisse, die sich aus dem Zuzug der Flüchtlinge ergeben, klare Umrisse: Die Gemeinden müssen, vom Bund finanziert, Sozialwohnungen bauen. Notwendig ist ebenfalls mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Dies gilt vor allem im Erziehungswesen, in den Kinderkrippen, den Kindergärten, den Schulen, beim Sprachunterricht. Ehrenamtliche allein können so viel nicht leisten. (Es spricht aber nichts dagegen, ihnen eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst anzubieten.) Mit ins Ausgabenprogramm gehören Sozialleistungen für Flüchtlinge, die solange erforderlich sind, bis die Beschäftigungspolitik wirksam wird und die Deutschkenntnisse hinreichen, um eine Arbeit aufzunehmen.

Wird dagegen bei der Beschäftigung und bei der Knappheit an bezahlbaren Wohnungen weitergewurstelt wie bisher, dann ist es zwar falsch, aber doch naheliegend, die Flüchtlinge für Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot verantwortlich zu machen – und nicht das Versagen der Politik. Der Grund für diese Verschiebung

der Verantwortung ist das Ergebnis erfolgreicher ideologischer Arbeit. Die Indoktrination will folgende Auffassung vorherrschend machen: Nicht die Politik kann Arbeitslosigkeit verhindern oder für mehr Wohnungen sorgen, sondern nur der Markt. Gibt es keine Besserung der Lage, dann haben sich Marktteilnehmer „marktkonform“ verhalten. Wenn der Markt und sonst niemand den Bedarf an Arbeitskräften festlegt – quasi als etwas Naturgesetzliches, in das man sich fügen muss – dann lässt sich weitere Arbeitslosigkeit nur vermeiden, indem der Lohn allgemein sinkt oder der Zuzug an Arbeitssuchenden unterbunden wird. Das Missverhältnis zwischen der Politik und den Aufgaben, die zu lösen sind, schafft eine politische Konstellation, die einen Ruck nach rechts auslöst. Kanzlerin Merkel könnte dem entgegenwirken, indem sie einen klaren Plan zur Beschäftigungspolitik und zur Wohnungsbaupolitik vorlegt. Stattdessen besänftigende Ideologie: „Oh mein Christ, lass Markt nur walten“. Ein radikaler Tabubruch ist notwendig. Über das, was tabu ist, spricht „man“ nicht und „man“ tut es nicht. Es ist verboten zu behaupten, mit mehr Nachfrage könne mehr Beschäftigung erreicht werden, oder zu fordern, dass die Gemeinden Wohnsiedlungen bauen sollen. Aber diese Verbote sind nicht mit vernünftigen Gründen gerechtfertigt. Ihr Zweck ist, die Überzeugung zu verbreiten, dass die gesellschaftliche Umwelt, die Wirtschaft nicht politisch, nicht durch kollektive Aktion gestaltet werden kann. Vom Standpunkt der Vernunft sollte es daher leicht fallen, diese Tabus zu Fall zu bringen. Werden sie gebrochen, hat die Hetzerei von Thilo Sarrazin und Spießgesellen keine Grundlage mehr. Denn nun ist klar, dass die Flüchtlinge den Ansässigen dann nichts wegnehmen, wenn wir unsere umfangreichen Produktions- und damit Wohlfahrtsreserven endlich nutzen. Gegenwärtig tun wir das nicht, weil es an Einsicht und Tatkraft fehlt, weil unsere Kultur uns daran hindert. Verstehen wir, wie üblich, unter Kultur Daseinsgestaltung. Unsere Fähigkeit zur kollektiven Daseinsgestaltung ist sehr begrenzt, weil unsere kulturellen Normen verlangen, sich dem Markt anzuvertrauen, statt bewusst zielgerichtet zu handeln.

Hilft multikulturell weiter? Eine Million Flüchtlinge, das ist zu schaffen – aber nur, wenn die Politik dafür sorgt, dass alle eine Erwerbsarbeit finden, dass alle für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen können. Es ist zu schaffen, wenn Wohnungen gebaut werden – nicht von Finanzinvestoren, sondern von den Gemeinden. Aber auch, wenn diese wichtigen materiellen Voraussetzungen geschaffen sind, ist die Flüchtlingsfrage im Aufnahmeland noch nicht restlos gelöst. Integration heißt das Schlagwort. Gauck spricht vom „neuen deutschen Wir“ bei der „Gestaltung der Zukunft“. (Darunter kann man sich vielerlei vorstellen, aber nichts Genaues.)

In einem Industrieland (so Deutschland) braucht jede und jeder Einzelne bestimmte Fähigkeiten, um sein Dasein (im Rahmen der allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse) selbst zu gestalten. Diese Fähigkeiten müssen dem Land und seinem wirtschaftlichen Entwicklungsstand entsprechen. Für manche Flüchtlinge wird es nicht immer leicht sein, das auf Anhieb einzusehen. Dazu gehört vor

allein, die Landessprache zu beherrschen, einen Beruf zu haben und – in einem allgemeineren Sinn – die Normen der Verfassung zu achten. Zu betonen ist hier, dass die Würde des Menschen unantastbar ist (Artikel 1). Dies schließt das Recht des Kindes auf gewaltfreie Erziehung ein, wie dies das Gesetz zur Ächtung von Gewalt in der Erziehung vorschreibt. Wesentlich ist ebenfalls die Gleichberechtigung von Mann und Frau (Artikel 3 Satz 2 des Grundgesetzes). Aber machen wir uns nichts vor: Es hat lange gedauert in Deutschland, bis die Bibelworte „Ihr Frauen, ordnet euch euren Männern unter wie dem Herrn“ (Epheser 5.22) oder „Wer seine Rute schont, der hasst seinen Sohn; wer ihn aber liebhat, der züchtigt ihn bald“ (Sprüche 22.15) nicht mehr zu den üblichen Normen gehörten. Bei diesen und in anderen Fragen waren die Deutschen eine lange Zeit unterschiedlicher Auffassung. Da waren sie multikulturell. Erfreulicherweise ist dies (fast) überwunden. Das lässt hoffen – auch bei der Integrationsfrage.

Im September 2015 gingen Yanis Varoufakis, Oskar Lafontaine, Jean-Luc Mélenchon u.a. in Paris mit einem „Plan B für Europa“ an die Öffentlichkeit, mit dem sie für ein Ende der Währungsunion eintreten. Herbert Schui diskutiert diesen Ansatz für die *Hamburg Debatte* Nr. 14 (Januar 2016).

# Der Euro verhindert Demokratie

Viele Linke berufen sich gerne darauf, dass die Forderung nach einem vereinten Europa ein linkes Projekt gewesen sei. Hierfür steht das Manifest von Ventotene, der Verbannunginsel Mussolinis, das 1941 von Spinelli und Rossi verfasst wurde.<sup>1</sup> Darin heißt es, dass jene Unternehmen nicht mehr in den Händen privater Eigentümer verbleiben dürfen, „die aufgrund des investierten Kapitals, der Anzahl der beschäftigten Arbeiter oder aber auch der Wichtigkeit, in dem von ihnen beherrschten Wirtschaftszweig, die staatlichen Organe erpressen können, um die für sie vorteilhaftere Politik aufzuerzwingen“. 1947 fordert diese politische Richtung, die Vereinigung Europas als Bundesstaat mit einer Verfassunggebenden Versammlung auf den Weg zu bringen. Das wäre ein demokratisches Europa geworden, angesichts der politischen Nachkriegsstimmung möglicherweise ein linkes Europa.

Die heutige Europäische Union aber ist ein Europa der Verträge. Churchill hat die Voraussetzung hierfür 1948 auf dem Haager Kongress geschaffen. Eingeladen hatte er die führenden Politiker des westlichen Europa. Die Föderalisten und Sozialdemokraten lehnten Churchills Vorstellungen ab. „Sollten sie sich auf eine Zusammenarbeit mit den politischen Kräften einlassen, die genau jenen, wie sie meinten, reaktionären und antisowjetischen Westblock anstrebten, den sie bislang immer mit Nachdruck bekämpft hatten?“<sup>2</sup> Spinelli behauptete, „Churchill habe (mit der Haager Konferenz) die Vormundschaft über die Europäische Bewegung nur übernommen, um einen Europäischen Bundesstaat zu verhindern“.<sup>3</sup>

An die sozialistischen Ziele der Föderalisten knüpft nun die Plan B-Aktion von Mélenchon (Ex-Vorsitzender der französischen Linkspartei), Lafontaine und anderen an. Der Plan will den Mächtigen zeigen, „dass sie uns durch ihre Erpressung nicht unterwerfen können“.<sup>4</sup> Mit einer Konferenz in Paris im November 2015 sollte das Vorhaben weiter Gestalt annehmen. (Wegen der Anschläge aber hat diese Konferenz nicht stattgefunden.)

Die EU ist kein Bundesstaat mit einer Verfassung, die regelt, was die Aufgaben des Bundesparlamentes beziehungsweise der einzelnen nationalen Parlamente sind. Sie ist vielmehr ein System von völkerrechtlichen Verträgen. Der Unterschied: Im Rahmen der Verträge geben die Nationalstaaten Zuständigkeiten an Einrichtungen ab, die von den Verträgen geschaffen werden. Ein Beispiel hierfür sind die Verschuldungsregeln des Maastricht-Vertrags für öffentliche Haushalte. Die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank leiten bei Verstößen gegen

den Vertrag ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Dem betreffenden Staat droht dann ein Zwangsgeld. Das Parlament des einzelnen EU-Staates muss das hinnehmen. Es entscheidet nur noch darüber, wie der jeweilige Vertrag erfüllt wird, bei welchen Ausgaben zu kürzen ist. Die Rolle der Demokratie in der EU bringt Kommissionspräsident Juncker klar auf den Punkt: „Es kann keine demokratische Wahl gegen die europäischen Verträge geben“.<sup>5</sup> Damit ist die EU eine weithin undemokratische Macht. Das stand – neben „neoliberal“ und „militaristisch“ als weitere Kennzeichen der EU – im Entwurf des EU-Wahlprogramms der LINKEN von 2014, wurde aber dann auf Betreiben des Parteivorstandes herausgenommen.

Der Plan B fordert als erstes den Austritt aus der Euro-Zone. Der Grund: Die Europäische Zentralbank ist ein militanter Vertreter des Monetarismus. Diese Lehre (sie setzt sich in den 1970er Jahren durch) ist eine Ausformung des Neoliberalismus. Sie stellte sich dar als eine Strategie zur Stabilisierung der Preise. Ihr eigentliches Ziel aber war eine aus Unternehmersicht hinreichende Sockelarbeitslosigkeit und weniger Sozialstaat. Das sollte ohne eine entsprechende Parlamentsmehrheit erreicht werden. Die Bundesbank drohte offen: Wenn die Gewerkschaften aus ihrer Sicht zu hohe Lohnsteigerungen durchsetzen, wird die Bundesbank mit hohen Zinsen reagieren, auf diese Weise das Wachstum verringern und die Arbeitslosigkeit erhöhen.

Besondere Bedeutung für Europa bekam der Monetarismus/Neoliberalismus mit der Gründung der Europäischen Währungsunion. Der Monetarismus verbietet Staatsdefizite mit denen Ausgabenprogramme finanziert und die Beschäftigung gesteigert werden kann. Ganz folgerichtig ist die hohe Staatsverschuldung in den Krisenländern der Euro-Zone für die Europäische Kommission und für die Europäische Zentralbank Anlass, mit Sparauflagen die Sozialsysteme dieser Länder auf das Allernötigste zu beschränken, Beschäftigungspolitik unsinnigerweise auf Wettbewerbsfähigkeit (niedrige Löhne) zu reduzieren und die Regierungen zu erpressen, soweit sie den politischen Vorstellungen von Kommission und Zentralbank nicht entsprechen.

Die Forderung, aus der Währungsunion auszutreten, klingt auf Anhieb verwegen. Sie wird kritisiert als rückwärtsgewandt, als ein Zurück zu vielen kleinen europäischen Nationalstaaten, zu einem schwachen und in sich zerstrittenen Europa. Soweit aber Einigkeit darüber herrscht, dass die Währungsunion eine machtvolle neoliberale Einrichtung ist, die sich gegenüber den Parlamenten durchsetzt, sollte ein Ende der Währungsunion verstanden werden als ein Zugewinn an Demokratie und – mit etwas Glück – als der Beginn eines neuen europäischen Föderalismus.

1 Vgl. hierzu Herbert Schui, Debatte 11, April 2014, S. 10-11

2 Wilfried Loth, Der Weg nach Europa, Göttingen 1996, S. 57

3 Frank Niess, Der Föderalismus baut sich seinen Staat, Der Freitag, 9.5.2008

4 Yanis Varoufakis, Zoe Konstantopoulou, Jean-Luc Mélenchon, Stefano Fassina und Oskar Lafontaine, Ein Plan B für Europa. Der Plan wurde am 12.9.2015 auf der Fête de l'Humanité einer größeren Öffentlichkeit vorgestellt.

5 Zitiert nach Varoufakis u. a., Ein Plan B für Europa

Am 29. November 2015 stimmte eine Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger beim Olympiareferendum der Hamburgischen Bürgerschaft mit NEIN: eine große Freude für alle diejenigen, die sich gegen die IOC-Kommerzveranstaltung engagiert hatten und ein schwerer Schock für alle Befürworter. Herbert Schui seziert die Post-Referendums-Berichterstattung für die *Hamburg Debatte* Nr. 14 (Januar 2016) in einer kritischen Presseschau.

## Hätte Hamburg Woodstock verboten?

Der Ärger vieler Hamburger Zeitungen über das Nein zu Olympia ist groß. Das Volk ist offenbar politisch gefährlich. Der Chefredakteur des *Hamburger Abendblatts*, Lars Haider, schreibt am 29. November 2015, dass sich jetzt die Frage stelle, „welche Rolle der Senat und die repräsentative Demokratie bei den wichtigen Entscheidungen noch spielen. Nach den vergangenen großen Volksentscheiden hat man den Eindruck: kaum eine. Das ist gefährlich, weil dadurch die Autorität und die Legitimation der Regierung zusätzlich geschwächt wird.“ Mark Spörrle (*Zeit Online* vom 1. Dezember 2015) wird von ähnlichen Sorgen geplagt: „Die Hamburger“, so schreibt er, „haben ihre Politiker mal wieder vor den Kopf gestoßen. Bürgermeister Olaf Scholz schon das zweite Mal. Wie beim Entscheid über die Rekommunalisierung des Energienetzes haben sie auch jetzt nicht auf ihn gehört.“ Ja, sowas aber auch! Da kann die Parole doch nur heißen: „Weg mit dem Volk! Die Regierung soll selbst entscheiden!“ Überhaupt, das Volk! Heinrich Heine hat das Problem in seinen „Französischen Zuständen“ (Artikel IX) beim Namen genannt: „Der Republikanismus eines Volkes besteht dem Wesen nach darin: daß der Republikaner an keine Autorität glaubt, daß er nur die Gesetze hochachtet, daß er von Vertretern derselben beständig Rechenschaft verlangt, sie mit Mißtrauen beobachtet, sie kontrolliert, daß er also nie den Personen anhängt und diese vielmehr, je höher sie aus dem Volke



hervorragend, desto eifriger mit Widerspruch, Argwohn, Spott und Verfolgung niederzuhalten sucht.“ Wahrscheinlich erinnerte sich Matthias Iken vom *Hamburger Abendblatt* an dieses Zitat, als er am 1. Dezember in seinem Kommentar „Das große Misstrauen“ schrieb: „Das tiefe Misstrauen gegen die ‚Elite‘, gegen politische Entscheidungen und wirtschaftliche Interessen birgt viel mehr Konfliktpotenzial als die bloße Frage nach Olympia.“

Aber nicht nur die Autorität der Regierung wird durch das Volk in Frage gestellt. Es ist obendrein griesgrämig. Mark Spörrle (*Zeit Online*) stellt dazu fest: „Weniger Förderung für den Leistungssport im Allgemeinen und den Breitensport in Hamburg. Und vor allem: kein großes, sportliches Projekt, kein Event, das beflügelt und dem alle entgegenfiebert, kein Ziel, das zusammenschweißt, Jung und Alt, Einheimische und Flüchtlinge, Nachbarn mit und ohne Grill. Kein Olympiamärchen. Keine Vision.“ Das Volk, ihr Freunde des Olympiamärchens, hat eine andere Vision – Vision hier in der Bedeutung einer Sicht der Dinge. In Brasilien gab es im vergangenen Jahr viele Demonstrationen gegen die kostspielige Fußball-Weltmeisterschaft. Die Demonstranten zeigten Transparente mit dem Text: „Wenn mein Kind krank ist, bringe ich es ins Stadion.“ Das Volk fordert Krankenhäuser statt eines Events, „das beflügelt und dem alle entgegenfiebert“.

Gabor Steingart, der Herausgeber des *Handelsblatts*, kommentiert im „Morning Briefing“ der Zeitung am 1. Dezember: „Das Hamburger Nein zu den Olympischen Sommerspielen ist auch am Tag zwei nach der Entscheidung keine bürgerliche Heldentat. Mit dieser Buchhalter-Logik müsste man auch das Woodstock-Festival verdammen.“ Wieso das denn? „Woodstock“, so heißt es bei Wikipedia, „verkörpert bis heute den Mythos eines ‚anderen‘, eines künstlerischen und friedliebenden Amerikas – im Gegensatz zu dem Amerika, das sich damals im Vietnamkrieg befand.“ Würde Olympia in Hamburg auch für die Woodstock-Ideale stehen?

*Die Welt* (30. November) hat erfasst, was diese Volksabstimmung sagt: „Das ‚Nein‘ ist ein Denkmittel für die Politik insgesamt.“ Dieses Nein „schickt (...) ganz Deutschland bei diesem größten Sportfest der Welt auf unabsehbare Zeit auf die Zuschauertribüne und erteilt Politikern und Sportfunktionären einen Denkmittel, mit dem in dieser Deutlichkeit niemand gerechnet hatte. (...) Nach dem Nein der Münchner zu Winterspielen 2022 der zweite herbe Rückschlag für die Olympische Bewegung in Deutschland.“ *Die Welt* weiß, für wen die Volksabstimmung ein Rückschlag war, nämlich „für alle Sportbegeisterten; für die Politik, deren übergroße Mehrheit die Bewerbung wollte; auch für die Medien, die sich unterm Strich ja ebenfalls klar für diese Spiele ausgesprochen hatten; und für jenen Teil der Hamburger Wirtschaft, der diese Bewerbungskampagne massiv unterstützt hatte.“ Nun kann man sich für Sport begeistern, ohne für Olympia in Hamburg zu sein. Aber abgesehen davon: Da bewegt sich doch was. Das „Volk“ setzt seinen Willen durch.

**Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht**

## Ein wirklicher Intellektueller

„Die Nachricht vom Tod unseres ehemaligen Fraktionskollegen Herbert Schui trifft uns sehr. Die Zusammenarbeit mit Herbert Schui, der von 2005 bis 2010 unserer Fraktion angehörte, war für uns zutiefst gewinnbringend. Sein umfassendes und fundiertes Wissen, seine Erfahrung aus seiner langjährigen Tätigkeit als Universitätsprofessor und seine präzisen Analysen waren eine immense Bereicherung für die Diskussionen in der Fraktion. Herbert Schui war ein profiliertes und pointierter Kritiker des Kapitalismus, der die große und seltene Gabe besaß, auch sehr komplexe Sachverhalte verständlich darlegen zu können. Unnachahmlich war sein bissiger aber nie verletzender Humor.

Wir trauern um einen kenntnisreichen und weltläufigen wirklichen Intellektuellen, dessen wirtschaftswissenschaftliche Expertise uns fehlen wird. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und seinen Freunden.“

**Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht sind Vorsitzende der Linksfraktion im deutschen Bundestag**

Wir trauern um unseren geschätzten Mitstreiter Herbert Schui, der von 2005 bis 2010 Mitglied der Linksfraktion im Bundestag war.

Wir werden seine scharfen Analysen, seine kluge Vermittlung von Erkenntnissen sowie seinen bissigen und menschenfreundlichen Humor vermissen.



**Anja Stoeck, Giesela Brandes-Steggewentz, Jutta Krellmann,  
Pia Zimmermann, Diether Dehm, Hans-Georg Hartwig**

## Der proletarische Professor

### **Ein Nachruf, der nach vorne ruft.**

Professorales Outfit? Fehlanzeige! Professor Doktor Herbert Schui gehörte stets zu jenen wenigen (und immer weniger werdenden) Hochschullehrern, die sich die akademischen Finger schmutzig gemacht haben. Indem sie eingriffen. Schon früh. Die Welt nicht nur verschieden interpretierten. Er tat dies nicht erst während der Parteibildung von WASG und PDS zur LINKEN, worauf er dort, eng mit Sahra Wagenknecht, radikale Kritik am Monopolkapital und an dessen deutschen Politiken zuspitzte. Und pointierte. Gemütlich? Zuweilen. Aber ungemütlich den Herrschenden!

Bereits in den siebziger Jahren zählte er mit den sozialdemokratischen Professoren Zinn, Tjaden und Hickel zu den Kenntnis- und Mut-Machern, zu den „theoretischen Paten“ jenes „Sozialdemokratischen Hochschulbunds“, der Falken und dann des mehrheitsfähigen Juso-Flügels, der mit den „Herforder Thesen“ (die eigentlich in Diether Dehms Bauernhof entstanden, damals noch mit Olaf Scholz, Stefan Schostock, Detlev Albers, Suso Möbbeck, Traute Müller und Kurt Wand, Uli Wolf, Arno Brand, Matthias Machnig, Kurt Neumann, Andreas Wehr, Klaus Uwe Benneter u.v.a. ) das erste massive Erkennungszeichen einer marxistischen SPD- Linken nach dem „Godesberger Programm“ und nach dem Parteiausschluss von SDS und Wolfgang Abendroth lieferten. [...]

Es ging ihm (nicht nur in der SPD) um praktisches Eingreifen der Theorie; etwa mit der „Memorandum-Gruppe“ (zu der neben den o.g. Sozialdemokraten auch der undogmatische Kommunist Jörg Huffschmid zählte). Und mit deren aufsehenerregend alternativen Wirtschaftsgutachten ging es um Einfluss-schneisen von links. Sicher, da operierten Staatsstrukturen zwar tendenziell monopolkapitalistisch. Aber war dies ein Grund, die Hände kontemplativ in den Schoß zu legen? Für Schui lieferten Staatsstrukturen in gleichzeitiger Dialektik ja auch Ansatzpunkte für sozialistische Alternativen. Ja, sogar für erfolgreiche Reformeingriffe: ohne Schui und die Seinen wäre es Ende der Siebziger wohl kaum zu Zukunftsinvestitionsprogrammen (ZIP) gekommen, deren Größtem wir die Renaturierung des Rheins und Tausende von Arbeitsplätzen verdanken. Der radikale marxistische Theoretiker war in innerkapitalistischer Praxis linker Keynesianer. Notwendigerweise. Reform als Ausdruck des Revolutionären! [...]

Und wie hielt er es mit der Revolution? Zumindest war im marxistisch-sozialdemokratischen Manifest der Siebziger, zu dessen „Paten“ auch Herbert zählte, also in den „Herforder Thesen“, ein Revolutionsbegriff angelegt, der mit der

Sturmverklärung aufs Winterpalais 1917 brach, wo um 24 Uhr die kapitalistischen Lichter ausgehen, damit dann, eine juristische Sekunde später, um 0:00 Uhr, die kommunistische Sonne leuchtet. Ohne dem Reformismus auf den kleingläubigen Leim zu gehen, schrieben die jungen sozialdemokratischen Marxisten in den Siebzigern von revolutionären Übergängen, einer antimonopolistischen Demokratie, in der zunächst die Hauptgiftzähne des imperialistischen Geschäftsbetriebs, zum Beispiel seine Rüstungskonzerne und Großbanken, demokratisch vergesellschaftet werden müssten. Und darum warb Herbert Schui ein ums andere Mal für unsere Verfassung – in Nachfolge jener Sozialdemokratinnen, die 1949 dem Grundgesetz ohne den „Vergesellschaftungs-Artikel 15“ nie und nimmer zugestimmt hätten. Als „Demokratisierung der Wirtschaft“ popularisierte er das. Wie Oskar Lafontaine. Oder Peter von Oertzen, der dann auch als prominenter Sozialdemokrat in die Linkspartei wechselte.

Es ist noch viel aus jenem Fundus zu schöpfen, der an der Nahtstelle undogmatischer Kommunistinnen und Sozialdemokraten angelegt wurde. Vor '89, vor dem großen Schlaganfall des Vergessens. Mit dem „Krefelder Appell“ sind da auch Schuis Schriften zu nennen. In vielen Universitäten und ASTen, wo heute Antideutsche ihre proimperialistischen Rufmordgeißeln schwingen, gab es damals gewerkschaftsorientierte Bündnisse aus dem sozialdemokratischen SHB und dem kommunistischen MSB, wo auch kleinbürgerliche Intellektuelle die Orientierung aufs reale Proletariat lernten und lehrten. Und wer da alles bei Herbert Schui das wirtschaftspolitische Einmaleins lernte? Über Klaus Ernst, Jutta Krellmann, Jan de Vries und Wolfgang Raeschke hinaus. Und Herbert Schui lebte dabei das „Kollegiale“ vor! Auch in Outfit, Umgang und Haltung. Als Gegenentwurf zu jenem Typus, den Brecht verächtlich „die TUIs“ genannt hatte. Die sich und ihr Wissen dem Monopolkapital verpachten und prostituieren. Profitfundamentalisten. Prediger der Sozialkürzungen, des Lohndumping, der Steuer-Flatrate, des Privatisierungswahns und eines Euro-Diktats, einer Währungspolitik ohne Ausgleich. Und für NATO-Kriege. Die alle hat er zeitlebens bekämpft.

Mit der Kohlschen Wende wurden nicht nur brandtsche Reformen erstickt, sondern auch linkskritische Redaktionen. Und viele rosagrünliche Medienintellektuelle liefen über zu Springer, von wo sie die Rente an die Börse und in die Hände von Allianz & Maschmeyer treiben halfen. Herberts Sarkasmus gegen diese Hassprediger des Monopolkapitals bleibt unnachahmlich. Gerade auch, als dann Professoren zu Vorkämpfern gegen Kaufkraft und gegen eine soziale EU wurden. Und deren wirtschaftlicher Scherbenhaufen ist jetzt zügig auszukehren. Ohne Herbert. Aber mit seinen Erkenntnissen! In Erinnerung an seine Bescheidenheit, Herzlichkeit und Klugheit. Und: seine Art, das Leben zu genießen.

Herbert Schui hat nie viel Wind um sich gemacht. Aber: da ist jetzt eine Windstille, wo er war und wirkte.

## Rudolf Hickel

# Ein brillanter Kapitalismuskritiker

Als die Nachricht vom Tod Herbert Schuis sich am Montag verbreitete, war die Betroffenheit groß. Seine Mitstreiter, seine Freunde, aber auch diejenigen, die er in der Wirtschaftswissenschaft und Politik scharfzünftig kritisiert hatte, wissen, ein großer Ökonom in der Tradition der kritischen Politischen Ökonomie steht für die dringend notwendige Aufklärung nicht mehr zur Verfügung.

Seine wissenschaftliche Karriere begann er nach dem Studium der Volkswirtschaft im Forschungsprojekt „Geldtheorie und Geldpolitik“ an der gerade neu gegründeten Universität in Konstanz. Sein Chef war der hoch renommierte Monetarist Karl Brunner aus Rochester (USA), der die Federal Reserve Bank scharf kritisierte. Da hat Herbert Schui die Giftküche der Marktfundamentalisten kennengelernt. Zur Sommerzeit rief Brunner die großen Ökonomen an den Bodensee. Er nutzte die Chance, auf diesen Sommeruniversitäten mutig mit Milton Friedman, James Buchanan und vielen anderen Vertretern eines Marktfundamentalismus zu streiten. 1972 promovierte er erfolgreich über das System der Geldpolitik in Frankreich. Die Wahl des Landes war kein Zufall. Seine Liebe galt Frankreich und seiner Ferme, dem kleinen Bauernhof in einer armen Bergregion in der Nähe von Limoux.

## Gedanken am offenen Feuer

1974 wechselte er zur neu gegründeten Universität Bremen. Seine Lehre zu allgemeinen Fragen des Kapitalismus aber auch zu den Grundannahmen der modernen Preistheorie wurde von den Studierenden geschätzt. In Bremen wirkte das theoretisch und politisch gefürchtete Trio Schui / Huffschmid / Hickel. 1980 wechselte er zur Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg (HWP). Dort wurde er zum führenden Kopf einer Wirtschaftswissenschaft, die kritisiert, wie die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit mit neoklassischen Mythen verdrängt werden.

Mit seiner Theoriegewalt und im Bemühen um Aufklärung konnte er sich nicht auf den Elfenbeinturm reduzieren. Schon in seiner Konstanzer Zeit war der Intellektuelle bei den Gewerkschaften als Referent und Berater gefragt. Dieser Aufgabe blieb er bis zu seinem Tod verbunden. Herbert Schui nutzte auch die Medien, um seine Botschaft gut begründet zu verbreiten. In Tageszeitungen wie der „Frankfurter Rundschau“ und vielen anderen Organen provozierte er mit spannenden Kommentaren.

Sein Schritt in die große Politik war konsequent. Mehr als eine Legislaturperiode saß er in der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Dort lernte er auch, wie schwierig es wegen unterschiedlicher Bewertungen sein kann, gemeinsame Positionen zu fixieren. Wissenschaftspolitisch gehört die Gründung der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ – auch Memo-Gruppe genannt – zusammen

mit Jörg Huffs Schmid 1975 zu seinen überragenden Leistungen. Er hat Positionen entwickelt, diskutiert und schließlich auch auf den jährlichen Pressekonferenzen, vor allem in der Anfangsphase, in Bonn vertreten.

Der Ort, an dem die Memo-Idee geboren wurde, sagt auch etwas über den Genießer aus. Mit Jörg Huffs Schmid saß er am offenen Feuer seiner Ferme in der Nähe von Limoux in Frankreich beim Wein. Die beiden warteten, bis endlich die Lammkeule gegart sein würde. Da vereinbarten die beiden Vordenker, ein Memorandum zu einer alternativen Wirtschaftspolitik zu verfassen. Nach der Rückkehr aus dem Süden Frankreichs wurde auch ich in den Ideenimport eingebunden. Zur Erinnerung: 1975 brach die Wirtschaft ein, die Arbeitslosigkeit stieg. Das erste Memorandum richtete sich gegen die damals kreierte neoklassische Parole von den steigenden Gewinnen zu Lasten der Löhne, die morgen Investitionen und übermorgen Arbeitsplätze schaffen sollen. Diese Grundkritik gilt bis heute. [...]

Herbert Schui war ein Kämpfer vor allem gegen die Mythenbildung der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft. Gelegentlich unterstrich seine Lautstärke den unerbittlichen Einsatz gegen affirmatives Denken. Sein Tod sollte zum Anlass genommen werden, sein Werk zu studieren. Dann könnte die Lücke, die er hinterlässt, kleiner werden.

**Ein Nachruf seines Wegbegleiters Rudolf Hickel. Der Autor ist Wirtschaftspublizist und hat mit Herbert Schui in Bremen gelehrt.**

**SDS\* Hochschulgruppe Uni Hamburg**

## Opposition macht Spaß!

Am Sonntag, den 14. August 2016, starb mit Herbert Schui ein Gigant emanzipatorischer Theorie und Praxis im Alter von 76 Jahren. Er hinterlässt uns riesengroße Fußstapfen. Als Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband (SDS\*) an der Universität Hamburg durften wir ihn vor allem in seinen Schriften, Aktivitäten in der Partei und einer gemeinsamen Veranstaltung zur Aufklärung über die AfD kennen lernen. Wir haben unheimlich viel von Herberts eingreifendem Denken, seiner Lebensfreude und seinem egalitären Charakter gelernt und möchten ihn mit folgendem Beitrag würdigen. Wir schließen uns der Aussage seines langjährigen Mitstreiters Rudolf Hickel an, der in seinem Nachruf endete, der „Tod sollte zum Anlass genommen werden, sein Werk zu studieren. Dann könnte die Lücke, die er hinterlässt, kleiner werden.“<sup>41</sup> In diesem Sinne möchten wir einige Schlaglichter auf Herberts Werk werfen. [...]

### **Kapitalismuskritik auf den Punkt**

Während im Frühjahr 1991 der Westen sich siegestrunken am Kapitalismus berauscht bzw. die Linke sich großenteils resigniert ins Private und/oder Re-

aktionäre zurückzieht, veröffentlicht Herbert eine „in knapper und für einen breiten Leserkreis verständlicher Form“ verfasste Schrift zur Einführung in die Kapitalismuskritik und konstatiert – wohlgemerkt noch als SPD-Mitglied – im Vorwort, dass es unverändert genügend Stoff gebe, „um auf die Grundprobleme des Kapitalismus aufmerksam zu machen und dafür zu werben, allgemeine Lösungen für diese Fragen zu suchen – in einem modifizierten Kapitalismus oder in seiner Überwindung.“<sup>42</sup>

### **Aufklärung über die militante Gegenaufklärung des Neoliberalismus**

Mit Leidenschaft kämpft er für eine Welt der sozialen Gleichheit, Solidarität, Wahrheit, Klugheit und des menschenfreundlichen Humors. Das macht ihm den Neoliberalismus inklusive dessen Protagonist\*innen zum Feind. Die Theorie und Praxis des Neoliberalismus zu entlarven zieht sich wie ein roter Faden durch sein handelndes Denken. Herbert begreift den Neoliberalismus als „militante Gegenaufklärung: Die Menschen sollen ihre Lage nicht durch vermehrtes Wissen in einer kollektiven, bewussten Anstrengung in den Griff bekommen. Denn dies würde mit der Herrschaft aufräumen, die der Neoliberalismus mit all seinen Kunstgriffen zu legitimieren sucht.“<sup>43</sup> Voll humanistisch begründetem Ekel wendet er sich gegen die neoliberale Konterrevolution, welche versucht, alle Beziehungen, die Menschen zueinander eingehen können, auf den Tausch, auf ein reines Benutzungsverhältnis zur Maximierung des eigenen Vorteils zu reduzieren und damit den Egoismus zum Gesellschaftsprinzip erheben möchte. [...] [Er] behält [...] stets die soziale Funktion des Neoliberalismus im Blick: die Festigung des Kapitalismus und seiner Machtverteilung.

### **Kapitalismus und Faschismus Hand in Hand: Nur in Einheit wirken Kritik und Alternativen**

Zum Erreichen dieser Funktion haben die Markt fetischist\*innen auch seit jeher keine Berührungspunkte mit extrem rechter Ideologie und Praxis. Angefangen bei Ludwig von Mises, dem Lehrer Hayeks, der 1927 den Faschismus als „Notbehelf des Augenblicks“ gelobt hatte, der „voll von den besten Absichten [...] für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet“<sup>44</sup> habe, bis hin zu ideologischen Gemeinsamkeiten wie „Auslese der Stärkeren, kulturell determinierter Rassismus, Leistungsethos, Gewerkschafts- und Demokratiefeindlichkeit, Autoritarismus.“<sup>45</sup> Jenseits des gegenseitigen Lobes und der ideologischen Gemeinsamkeiten von Neoliberalismus und extremer Rechten zeigen Herbert Schui et al. vor allem die Symbiose auf, die beide Seiten eingehen. In seinem Buch „Wollt ihr den totalen Markt?“, das er mit gewerkschaftlich organisierten Studenten an der HWP 1997 verfasste, analysiert er die Wahlprogramme der extremen Rechten in Deutschland (Republikaner, DVU, NPD, BfB), Österreich (FPÖ) und Frankreich (Front National) und weist nach: „Die extreme Rechte unternimmt in ihren Programmen, Heimat und Nation mit radikalem Markt und ungehin-

dertem Wettbewerb zu verbinden. Die soziale Sicherheit des Wohlfahrtsstaates soll durch das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Volks- und Kulturgemeinschaft ersetzt werden. Faschistische Gemeinschaftsideologie – wengleich stark geläutert und sprachlich modernisiert – dient also dazu, die materielle Sicherheit durch überhöhte Geborgenheitsgefühle ersetzen zu wollen.<sup>46</sup>

Damit liefert er viele Jahre vor dem Entstehen der AfD das theoretische Rüstzeug zu dem Verständnis ihrer als gefährlichem Bindeglied zwischen neoliberalen Kapitalismus und der extremen Rechten. Dies ermutigt uns als Hochschulgruppe, offensiv diese Partei als Folge der neoliberalen Agenda-Politik und deren Legitimationskrise sowie den Versuch der Systemerhaltung anzugreifen. Folglich kann der Kampf gegen sie auch nur wirksam im Entwickeln einer Perspektive sein, die auf die demokratische Gestaltung unserer Lebensmöglichkeiten, soziale Sicherheit und gemeinwohlorientierte Sinnstiftung gerichtet ist.

### **Kritische Wissenschaft und emanzipatorische Bildung gegen die Verschleierung durch Mythen**

In Herberts letztem Buch kulminiert er im Jahr 2014 seine bisherigen Arbeiten zu wirtschaftswissenschaftlicher Verschleierungstaktik des Klassenkonfliktes und der Verbindung von neoliberal/rechts in dem Titel „Politische Mythen und elitäre Menschenfeindlichkeit“. Politische Mythen bestimmt er als Ablenkung von der Wirklichkeit bzw. als Suggestion von Alternativlosigkeit, die zur Unterwerfung unter eine als naturgesetzlich und damit als nicht zu ändern vorgefundene Welt führen sollen. Davon ausgehend widerlegt er auf bissig-ironische und ökonomisch-kennntnisreiche Weise die Mythen vom Leistungsträger, der Staatsverschuldung, von Markt und Wettbewerb, Export, Demographie und Wirtschaftswunder. Immer mit dem Anliegen, durch Rationalisierung die bestehenden Verhältnisse als sozial und geschichtlich gemachte aufzuzeigen und damit Handlungsfähigkeit zu gewinnen, sie im Sinne des allgemeinen Wohls zu gestalten: „Der Mythos wendet sich gegen ein wissenschaftliches Weltbild, das ja einschließt, die Wirklichkeit ändern zu wollen, statt sich mit ihr passiv abzufinden. An seine Stelle soll ein magisches Weltbild treten, bei dem allgemeingültige Regeln von Ursache und Wirkung ignoriert werden.“<sup>47</sup> Im letzten Kapitel des Buches widmet er sich dem Zusammenhang von Bildung und Opposition als Lösungsperspektive. Er wendet sich gegen anerzogene Dummheit und Halbbildung, die – in seinen Worten – bei jemandem zum Ausdruck kommt, wenn er „es etwa mit einiger Mühe dazu gebracht hat, ein ergriffenes Gesicht zu ziehen, wenn er klassische Musik hört.“<sup>48</sup> Herbert zitiert Alexander Mitscherlich mit dem Satz: „Der gebildete ist als ein Mensch zu charakterisieren, der seine jugendliche Ansprechbarkeit auf Neues und Unbekanntes behalten hat. Er ist auf der Suche nach Wissen und nach den Methoden, Erfahrung zu prüfen.“<sup>49</sup> Daran anschließend endet er das Buch: „Weil diese



Bildung Klarheit schafft über diejenigen Ursachen der eigenen Lage, gegen die die Einzelnen durch individuelles Handeln nichts ausrichten können, schafft diese Bildung ein gemeinschaftliches Bewusstsein. Das wäre der Anfang einer Veränderung.“<sup>10</sup> In diesem Sinne ist Herbert ein umfassend gebildeter Mensch, ewig Neugieriger und ein organischer Intellektueller der Arbeiterbewegung. Letzteren kennzeichnet, laut Gramsci, die „elementaren Leidenschaften des Volkes zu fühlen [...] und sie mit einer höheren, wissenschaftlich und kohärent ausgearbeiteten Weltauffassung, dem ‘Wissen’“ zu verknüpfen.<sup>11</sup> [...]

### **Eingreifendes Denken gegen jeden Opportunismus: Opposition macht Spaß!**

Herbert engagiert sich in letzter Zeit in Vortragsreisen, der Kandidatur zum Stadtrat im niedersächsischen Buchholz i.d. Nordheide und der Redaktion der Zeitschrift „Debatte“ der Hamburger LINKEN. In dem letzten auf seiner Internetseite [www.herbert-schui.de](http://www.herbert-schui.de) veröffentlichten Text wendet er sich gegen den Opportunismus und Antikommunismus des (Partei)Establishments und den Wunsch, beim Elitekartell mitregieren zu dürfen: „Die Partei ist in einem Dilemma. Sie kann versuchen, den Kommunismus-Vorwurf los zu werden, indem sie versucht, mitzuregieren. (Ähnlich hat Wehners Strategie für die SPD im Gefolge des Godesberger Programms ausgesehen.) Dann aber wird sie wahrscheinlich nicht über ihre gegenwärtigen Wahlergebnisse hinauskommen, eben weil sie nicht mehr [...] als echte Opposition wahrgenommen wird. Will sich die Partei dagegen als grundlegende Opposition verstehen, setzt sie sich dem Kommunismus-Vorwurf aus.“<sup>12</sup>

In diesem „Dilemma“ hat Herbert immer Position ergriffen, wenn er in seinen Vorträgen mit verschmitzem Lächeln, mit kölschem Dialekt und in ohrenbetäubender Lautstärke ausrief: „Opposition macht Spaß!“ Seine unbändige Freude an der Kritik und dem Verlachen der Herrschenden und der herrschenden Denkweise können wir aufgreifen! [...]

- 1 Rudolf Hickel, Ein brillanter Kapitalismuskritiker; [www.fr-online.de/wirtschaft/herbert-schui-ein-brillanter-kapitalismuskritiker,1472780,34645070.html](http://www.fr-online.de/wirtschaft/herbert-schui-ein-brillanter-kapitalismuskritiker,1472780,34645070.html)
- 2 Herbert Schui, Ökonomische Grundprobleme des entwickelten Kapitalismus, Heilbronn 1991. S. 7.
- 3 Ders., Rechtsextremismus und totaler Markt: Auf der Suche nach gesellschaftlicher Klebmasse für den entfesselten Kapitalismus; in: Peter Bathke/Susanne Spindler (Hg.), Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa, Berlin 2006, S. 48-59. S. 54.
- 4 Ludwig von Mises, Liberalismus, Jena 1927. S. 45.
- 5 Herbert Schui/Ralf Ptak/Stephanie Blankenburg/Günter Bachmann/Dirk Kotzur, Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997. S. 125.
- 6 Ebd.: S. 16.
- 7 Herbert Schui, Politische Mythen und elitäre Menschenfeindlichkeit. Halten Ruhe und Ordnung die Gesellschaft zusammen? Hamburg 2014. S. 10.
- 8 Ebd., S. 122.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd., S. 123.
- 11 Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Bd. 6. Hgg. v. Klaus Bochman/Wolfgang Fritz Haug, Hamburg 1994[1929ff.], S. 1490.
- 12 Herbert Schui, Desinteresse auf beiden Seiten – Die Unionsparteien haben erlaubt, AfD zu wählen, [www.herbert-schui.de/desinteresse-auf-beiden-seiten/](http://www.herbert-schui.de/desinteresse-auf-beiden-seiten/)

„Packen wir die Sache  
an mit Solidarität  
und Elan“



**Herbert Schui** hat für die vom Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Hamburg herausgegebene Zeitschrift *Hamburg Debatte* in den Jahren 2011 bis zu seinem Tod 2016 als Redakteur und Autor gearbeitet. Seine Beiträge zur wissenschaftlichen und politischen Debatte aus dieser Zeit sind in diesem Band wiedergeben.

S  
K  
W